

## Burkina Faso

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Rüstungsexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>4</b>
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16
Diversität in den Sicherheitskräften	17

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>18</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Burkina Faso verfügt über keine eigene Rüstungsindustrie und ist folglich zur Ausstattung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Seit den 2000er Jahren bezieht es einen Großteil seiner Waffensysteme insbesondere aus Russland. In den letzten Jahren waren darüber hinaus Spanien, die Türkei, China, Bulgarien, die VAE, Katar und Italien wichtige Rüstungslieferanten für den Sahelstaat. Deutschland hat bislang keine größeren Rüstungsexporte nach Burkina Faso getätigt. Deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2012 wiesen lange Zeit mit einem finanziellen Volumen von rund 313.000 Euro den höchsten Wert auf, 2021 wurde jedoch mit dem Export von gepanzerten Fahrzeugen und einem Wert von 2,78 Mio. Euro ein neuer Höchstwert erreicht. Seit 2018 war Burkina Faso Partnerland der deutschen „Ertüchtigungsinitiative“. Die Bundesregierung hatte angekündigt, in diesem Zusammenhang künftig auch Mittel für Ausstattungshilfen bereitzustellen. Die militärische Ertüchtigung und Ausstattungshilfe wurden in Reaktion auf den Militärputsch jedoch eingestellt.

Das insgesamt 20.600 Personen umfassende burkinische Militär gliedert sich in Heer und Luftwaffe. Zudem besteht eine rund 4.200 Personen starke Gendarmerie, die als eine eigenständige (paramilitärische) Organisation ebenfalls dem Ministerium für Verteidigung und Veteranenangelegenheiten unterstellt ist. Bei einer Bevölkerungszahl von fast 23,5 Mio. Einwohner:innen ergibt dies eine Relation von lediglich 0,9 Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen für das Jahr 2024. In den letzten Jahren ist die Bekämpfung von bewaffneten extremistischen Gruppen innerhalb des Landes sowie in der westafrikanischen Region zu einer Hauptaufgabe des Militärs geworden. Hierzu wurden 2020, neben den staatlichen Sicherheitskräften, auch Selbstverteidigungsmilizen gegründet. Diese sogenannten Homeland Defence Volunteers (VDP) umfassen derzeit rund 30.000 Mitglieder. Rekrut:innen werden nach einer zwei- bis dreiwöchigen Ausbildung bewaffnet und in regionalen Einheiten formell den jeweils naheliegendsten Militäreinheiten, spezialisierten Polizeieinheiten oder Gendarmerie-Brigaden unterstellt. Allen Sicherheitskräften, so auch den VDP, werden schwere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Die Schlagkraft des Heeres und der Luftwaffe leidet allerdings unter der zum Teil veralteten Ausstattung. In jüngerer Zeit erhielt Burkina Faso jedoch auch zunehmend modernere Ausstattung aus dem Ausland. Die Militärausgaben, auch gemessen an den Staatsausgaben und am Bruttoinlandsprodukt, sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen (zuletzt: 4,7 %). Die Beteiligungen an der G5 Sahel Joint Force und der UN-Mission MINUSMA wurden unter der Militärregierung jedoch eingestellt. Stattdessen wurde im September 2023 zwischen Mali, Niger und Burkina Faso (alle drei werden derzeit von Militärjuntas regiert) die Allianz der Sahelstaaten (AES) gegründet.

Burkina Faso erlebte in seiner postkolonialen Vergangenheit zahlreiche politische Umstürze durch das Militär und lange Phasen (semi-)autoritärer Herrschaft. Dies prägt die Beziehung zwischen Gesellschaft und Militär bis heute. Das Militär verfügt über erheblichen politischen Einfluss, steht aber einer aktiven Zivilgesellschaft gegenüber, die mit ihrem weitreichenden Protest unter anderem 2014 zur Beendigung des Jahrzehnte währenden Regimes von Präsident Blaise Compaorés beigetragen hat. Erst 2022 ereigneten sich zwei Militärputsche in Burkina Faso. In jüngster Zeit häufen sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen von Militärs im Anti-Terror-Kampf. Straflosigkeit und Korruption im Sicherheitssektor verstärken das Problem. Nichtsdestotrotz wird das Militär von großen Teilen der Bevölkerung als Sicherheits- und Stabilitätsfaktor wahrgenommen.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die westafrikanische Region ist von innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Konflikten, Instabilität und Fragilität betroffen. In Burkina Faso selbst, das seit der Unabhängigkeit zahlreiche Aufstände und Umstürze gesehen hat, gibt es immer wieder interethnische Spannungen, die teilweise in gewaltsamen Konflikten münden. Hinzu kommt die bewaffnete Auseinandersetzung der Regierung mit dschihadistischen Gruppen, die ihren Einfluss in den letzten Jahren dramatisch ausgeweitet haben. Immer wieder kommt es zu Menschenrechtsverletzungen burkinischer Militärs im „Anti-Terror-Kampf“. Menschenrechtsverletzungen durch das Militär werden hierbei selten untersucht. Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam sind in Burkina Faso an der Tagesordnung. Die Situation in den Gefängnissen ist desaströs. Parallel dazu haben sich bewaffnete Selbstverteidigungsgruppen gegründet, denen Menschenrechtsorganisationen ebenfalls eine brutale Vorgehensweise vorwerfen. Teilweise arbeitet der burkinische Staat mit ihnen zusammen. Zudem sind verschiedene Formen der geschlechtsbasierten Gewalt gegen Frauen weit verbreitet und LGBTQIA+-Rechte erfuhren in den vergangenen Jahren Einschnitte.

Burkina Faso ist der Mehrheit wichtiger internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge – darunter dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) – beigetreten. Das Land hat aber in der Vergangenheit Waffenembargos, die Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Angola und Liberia betrafen, verletzt. Es ist Mitglied in den wesentlichen internationalen Konventionen zur Kriminalitätsbekämpfung. Dennoch bleibt es zentrales Ursprungs-, Transit- und Zielland für unterschiedliche Formen der organisierten Kriminalität, darunter dem Schmuggel und illegalen Handel mit Waffen und Munition. Diese stammen oft auch aus Plünderungen und bewaffneten Angriffen auf staatliche Waffenarsenale sowie aus dem illegalen Weiterverkauf von Waffen durch korrupte Militärs und Sicherheitskräfte. Auch Menschenhandel und Schleuser:innenbanden sind in Burkina Faso ein Problem. Hinzu kommen die zunehmenden Aktivitäten von Drogenkartellen im westafrikanischen Raum und der Sahelregion.

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 850 US-Dollar zählt Burkina Faso weiterhin zu den einkommensschwächsten Staaten weltweit und gehört sowohl zur Gruppe der „low income economies“ als auch der Least Developed Countries (LDCs). Die Wirtschaft bleibt stark von Landwirtschaft, Bergbau und wenigen Exportgütern abhängig und weist nur eine geringe Diversifizierung auf. Trotz zwischenzeitlicher Wachstumsraten bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Schwächen, insbesondere infolge von Unsicherheit, Klimafolgen, hoher Verschuldung und der starken Abhängigkeit von Rohstoffexporten. Im Bereich der sozialen Entwicklung zählt Burkina Faso weiterhin zu den Staaten mit „niedriger menschlicher Entwicklung“ (HDI-Wert von 0,459; 2023). Große Teile der Bevölkerung sind von Armut, mangelnder Infrastruktur sowie eingeschränktem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Elektrizität und Sanitärversorgung betroffen. Zudem hat die anhaltende Sicherheitskrise die humanitäre Lage erheblich verschärft und zu massiver Binnenvertreibung sowie weiteren Einschränkungen im Bildungs- und Gesundheitssektor geführt. Die Militärausgaben steigen angesichts der Sicherheitslage seit Jahren an – Burkina Faso gilt mittlerweile als stark militarisiert.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

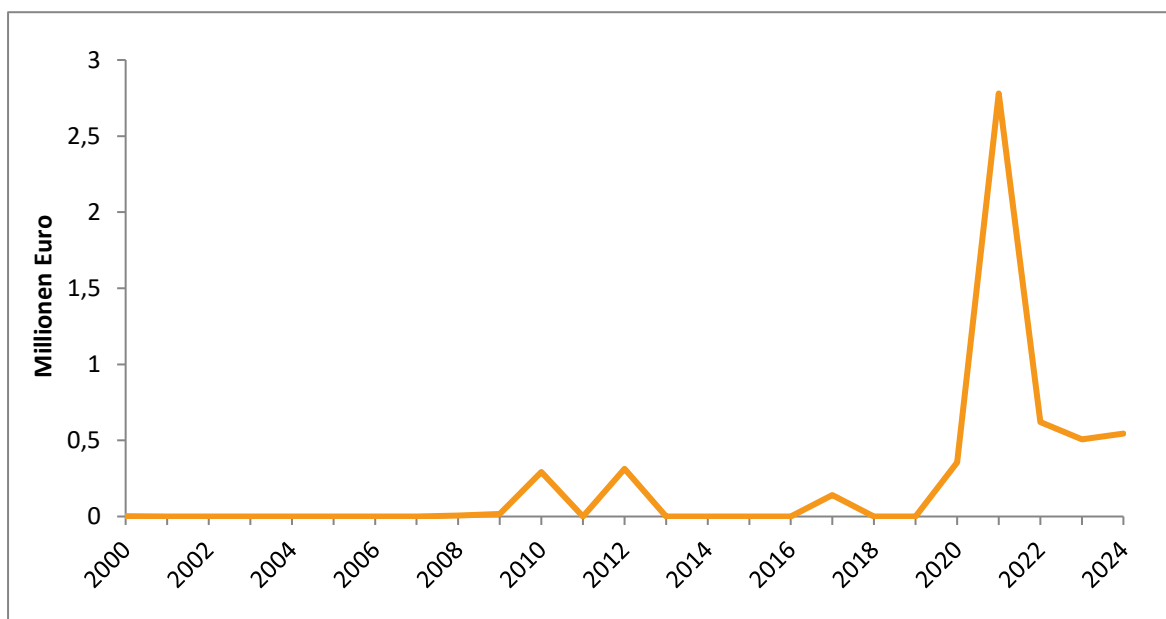
Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Munition für Revolver und Pistolen: 57,9% Jagd- und Sportwaffen: 42,1%	0,005
2000	LKW	0,003
2001	---	---
2002	---	---
2003	LKW	0,001
2004	---	---
2005	Pistole und -teile	0,001
2006	---	---
2007	---	---
2008	Dekontaminationsausrüstung: 100%	0,007
2009	Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 100%	0,016
2010	Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 100%	0,292
2011	Jagdselbstladeflinten: 100%	0,001
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 100%	0,313
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	Laborchemikalien: 100%	0,001
2017	Geländewagen mit Sonderschutz: 100%	0,141
2018	---	---

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2019	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100%	0,001
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission] und Teile für den ballistischen Schutz [VN-Mission]: 98,9%	0,356
2021	Gepanzerte Fahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 99,2 %	2,78
2022	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, EU-Mission] und Teile für ballistischen Schutz [Bank, EU-Mission]: 100,0%	0,62
2023	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 100,0%	0,508
2024	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [Bank, EU-Delegation]: 100,0%	0,545

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

### Schaubild 1

#### Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024



### Tabelle 2

#### Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Burkina Faso 2000-2024

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 20234 jedoch keine dieser Großwaffensysteme nach Burkina Faso geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

## Kommentar

Burkina Faso erhielt bislang keine größeren Rüstungsexporte aus Deutschland. Bisherige Exporte bestanden oft aus Lieferungen im Wert von lediglich rund 1.000 Euro, wie in den Jahren 2003, 2005, 2011 und jüngst 2019, und umfassten beispielsweise Jagdwaffen und Munition oder Geländefahrzeuge mit Sonderschutz. In beinahe der Hälfte der vergangenen zwei Jahrzehnte lieferte Deutschland überhaupt keine Rüstungsgüter in das westafrikanische Land.

2006 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Burkina Faso unter Verweis auf die Kriterien 4 (Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region) und 7 (Risiko der Umleitung der Ausrüstung im Käuferland oder der Wiederausfuhr unter unerwünschten Bedingungen) des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union für Waffenausfuhren nicht genehmigt. Das Jahr 2012 markierte lange Zeit mit einem finanziellen Volumen von rund 313.000 Euro für Geländewagen mit Sonderschutz den Höchststand deutscher Rüstungsexporte nach Burkina Faso. 2017 lieferte Deutschland erneut Geländewagen mit Sonderschutz, diesmal im Wert von 140.750 Euro. 2020 wurde mit einem Gesamtwert von 356.000 Euro ein neuer vorläufiger Höchstwert erzielt, was ebenso auf Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für den ballistischen Schutz zu erklären ist.

Deutschland hat Burkina Faso im Jahr 2018 als Partnerland in die „Ertüchtigungsinitiative“ aufgenommen. Diese zielt auf eine Unterstützung der Krisenprävention, -bewältigung und -nachsorge in Schwerpunktländern mittels ziviler und militärischer Maßnahmen ab. Die Bundesregierung gab im Mai 2019 an, dass sich Deutschland im Kapazitätsaufbau der burkinischen Polizei und Gendarmerie engagieren wird. Auch Mittel für Ausstattungshilfen würden künftig bereitgestellt. So wurde im Jahr 2021 ein neuer absoluter Höchststand der deutschen Rüstungsexporte nach Burkina Faso mit einem Wert von rund 2,8 Millionen Euro erreicht. Dies geht vornehmlich auf vier gepanzerte Fahrzeuge zurück, deren genauer Typ unklar ist. Ursprünglich sollen diese Fahrzeuge laut UN-Waffenregister aber aus Südafrika stammen. Deutschland listete diese Lieferung nicht in ihrem Jahresbericht an das UN-Waffenregister – lediglich von Seiten Burkina Fasos wurde die Lieferung (als Spende) angegeben. 2022 wurden lediglich zwei Exportgenehmigungen erteilt, die Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz (an EU-Mission bzw. eine Bank) und ein Volumen von 620.000 Euro umfassten. Im darauffolgenden Jahr wurde für eine EU-Delegation Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz im Wert von 508.557 Euro bewilligt.

Die militärische Ertüchtigung und Ausstattungshilfe wurden in Reaktion auf den Militärputsch eingestellt.

## Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

**Tabelle 3**

**Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Burkina Faso 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	2	26	12	19	37	95

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

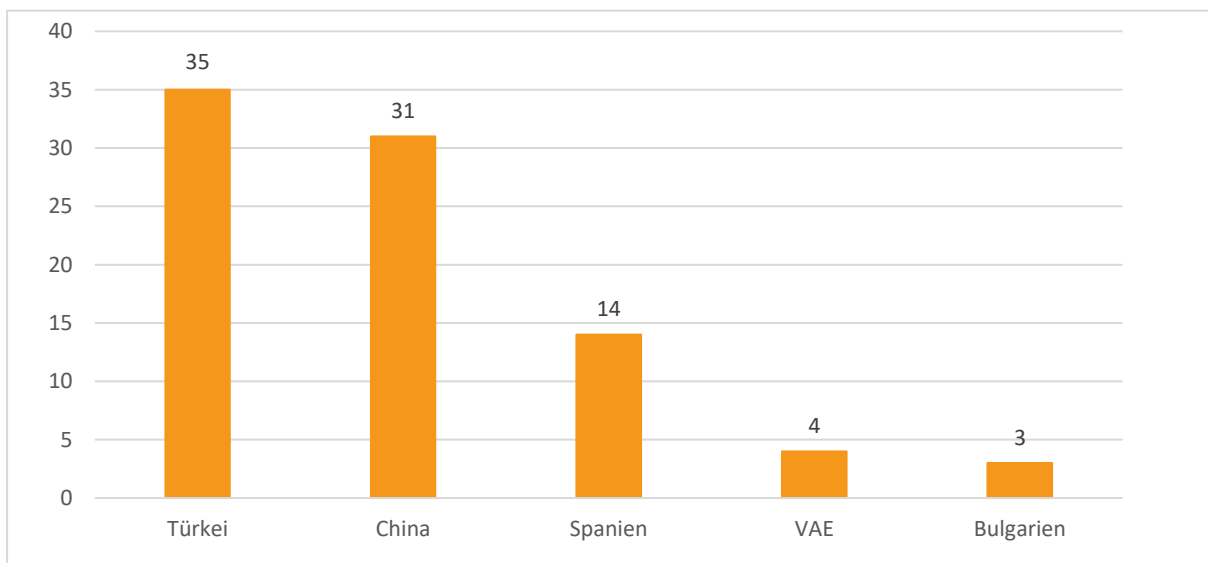
**Deutsche Rüstungsexporte nach Burkina Faso 2020-2024, Mio. TIV**

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Burkina Faso liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2**

**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

### Kommentar zu den Waffenkäufen

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm Burkina Faso zwischen 2020 und 2024 die 86. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Waffensysteme bezog es in diesem Zeitraum vor allem aus der Türkei (mit 37 % aller Waffenlieferungen), China (32 %), Spanien (15 %), gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (4,2 %) und Bulgarien (3,5 %).

Die **Türkei** exportierte schätzungsweise 2018 40 gepanzerte Cobra Mannschaftstransporter, zwischen 2021 und 2022 insgesamt 39 gepanzerte Ejder Mannschaftstransporter (davon 24 Ejder Yalcin) sowie 2022-2023 acht Bayraktar TB2 Drohnen. 2024 lieferte die Türkei zwei weitere bewaffnete Drohnen (diesmal vermutlich gebrauchte Akinci) sowie 20 Lenkbomben.

2024 tat sich insbesondere **China** als Lieferant hervor: sechs 105-mm-Feuerunterstützungsfahrzeuge vom Typ Assaulter sowie schätzungsweise 116 neuwertige gepanzerte Mannschaftstransporter soll die Volksrepublik in diesem Jahr geliefert haben. Darunter befinden sich zehn WZ551, 50 CS/VP-14, 40 VP-11 sowie 16 VN-22. Die Lieferungen sollen Teil eines zum Jahresende 2023 verkündeten strategischen Ausrüstungsplans sein. Präsident Traoré nahm, Berichten zufolge, auch mit weiteren Waffen gefüllte Schiffcontainers im Empfang (unter anderem ein 60-mm-WW90-Mörser und Mörsergranaten).

**Spanien** lieferte zwischen 2020 und 2021 fünf gebrauchte AS-350/AS-550 Fennec (leichte Helikopter) sowie ein neuwertiges C-295W Transportflugzeug und aus **Bulgarien** erhielt Burkina Faso zwischen 2018 und 2021 drei gebrauchte Mi-24D/Mi-25 Kampfhubschrauber. Die **VAE** lieferten 2023 insgesamt 20 neuwertige gepanzerte Mannschaftstransporter – sieben Tornado und 13 Phantom-2.

Doch auch weitere Länder gehörten in den vergangenen Jahren zu den Lieferanten: Aus **Katar** erhielt Burkina Faso im Jahr 2019 bspw. 24 gepanzerte Personentransporter (Storm) in Form einer Schenkung. 2016 erhielt das Land einen Hubschrauber vom Typ AW139 aus **Italien**, sechs von der EU finanzierte gepanzerte Personentransporter (Bastion) zwischen 2019 und 2020 aus **Frankreich** und die für die Transporter benötigten Dieselmotoren (MD5) im gleichen Zeitraum aus **Schweden**. Darüber hinaus erhielt das Land aus **Taiwan** 2017 zwei gebrauchte Hubschrauber (Typ: Bell-205/UH-1H) in Form einer Schenkung. **Südafrika** lieferte 2022 elf von 24 geordneten und durch die USA finanzierte gepanzerte Puma M-26 (Mannschaftstransporter) nach Burkina Faso; **Kanada** lieferte 2021 zwei Flugzeugmotoren für die spanische Transportmaschine C-295. Auch aus **Russland** bestellte das westafrikanische Land 2017 zwei (bewaffnete) Transporthubschrauber vom Typ Mi-8MT/Mi-17, die 2018 geliefert wurden und die **USA** lieferten 2021 und 2022 insgesamt 39 Motoren für die genannten türkischen Mannschaftstransporter.

## Militärausgaben

**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP**

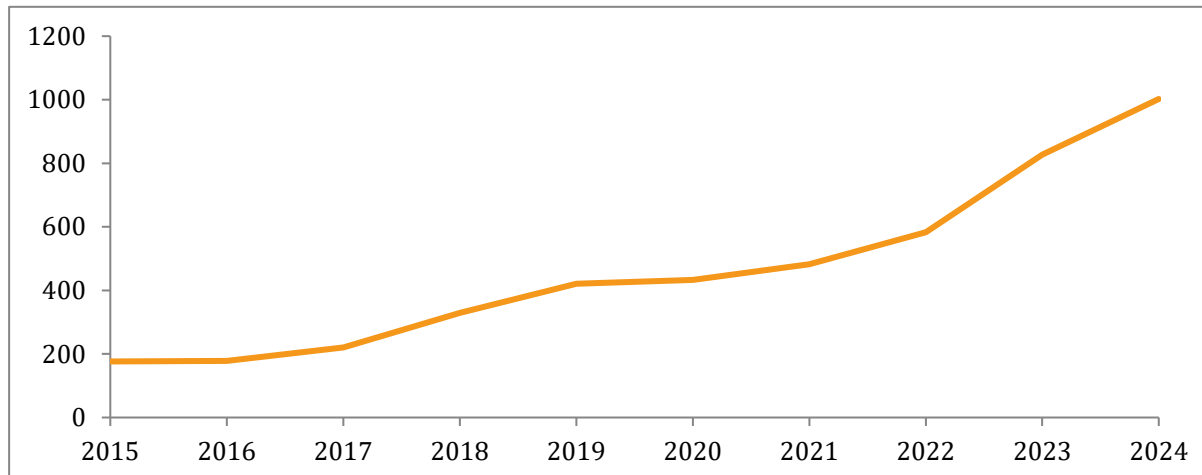
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	433	483	583	827	1002
Anteil am BIP (in %)	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Anteil an Staatsausgaben (in %)	8,8	8,4	9,2	14,0	17,0

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

### Schaubild 3

#### Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD

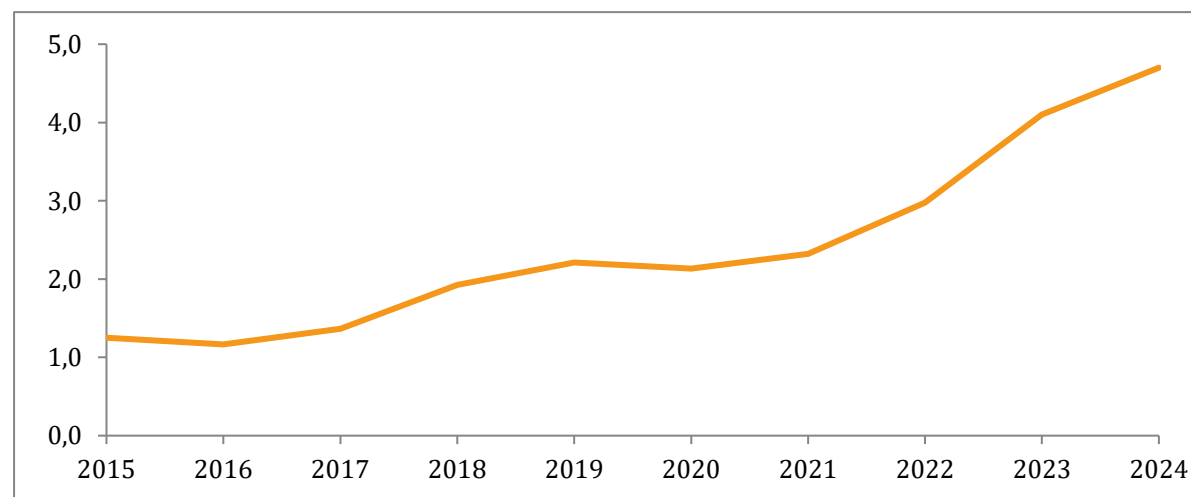


Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

### Schaubild 4

#### Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

In Burkina Faso gibt es keine nennenswerte eigenständige Rüstungsindustrie und es ist in hohem Maße von Rüstungsimporten zur Ausstattung seiner Streitkräfte abhängig. Zwar befinden sich in dem westafrikanischen Land Wartungs- und Instandhaltungseinrichtungen, es verfügt jedoch über keinen Rüstungsproduktionssektor. Bevor Russland – spätestens in den

2000er Jahren – lange Zeit zum wichtigen Rüstungslieferant wurde, wurde der Sahelstaat in den auf die Unabhängigkeit folgenden Jahrzehnten insbesondere von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich mit vornehmlich gebrauchter militärischer Ausrüstung ausgestattet. Dem Small Arms Survey zufolge ist Burkina Faso auch kein Produzent von Kleinwaffen und Munition, weshalb es in diesem Sektor ebenfalls stark auf Importe angewiesen ist.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

20.600 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 20.000

Luftwaffe: 600

Gendarmerie & paramilitärische Einheiten: 34.200, davon:

Nationale Gendarmerie: 4.200

Zusätzlich: Volksmiliz: 30.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	11	11	11	11	11	11	7	7	21
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,9

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Das burkinische Militär gliedert sich in die Streitkräfte des Heeres und der Luftwaffe. Bereits im Jahr 2022 startete die vormalige Regierung eine Kampagne zur Rekrutierung von bis zu 50.000 Menschen, die in den Dienst der Armee, der Polizei und ziviler Freiwilligendienste eintreten sollten. Für das Jahr 2024 gab das IISS erstmals eine Personalstärke von 20.600 Soldat:innen an (zuvor: 7.000), was sich mit Medienberichten deckt, denen zufolge auch bereits rund 14.000 Streitkräfte trainiert und ausgerüstet worden sein sollen. Es ist allerdings unklar, ob derzeit weitere Streitkräfte rekrutiert werden. Die neuen Rekrut:innen sollen unter anderem, nach einer 14-tägigen Ausbildung, in die Schnellen Eingreiftruppen (Rapid Intervention Battalions; BIR) sowie in die 2020 gegründete „Volunteers for the Defense of the Homeland“ (VDP) integriert werden. Die Anzahl der VDP – einer paramilitärischen Organisation – wird derzeit auf 30.000 geschätzt. Bis 2022 war zudem die National Gendarmerie (aktuell 4.200 Personen stark) in die Streitkräftestruktur integriert, gilt nun aber ebenfalls als

paramilitärische Organisation. Als Binnenstaat verfügt Burkina Faso über keine Marine. Oberbefehlshaber:in der burkinischen Streitkräfte ist der:die Präsident:in. Diese:r ernennt auch den:die Chef:in des Generalstabs und ist Vorsitzende:r des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit.

Insbesondere in den letzten Jahren ist die Bekämpfung von bewaffneten Gruppen und militantem Extremismus innerhalb des Landes, aber auch über nationalen Grenzen hinaus, zu einer Hauptaufgabe der burkinischen Streitkräfte geworden. Der bis Anfang 2022 amtierende Präsident Roch Marc Christian Kaboré bezeichnete die Terrorismusbekämpfung als nationale Priorität. 2023 kündigte Präsident Traoré an, dass durch eine Zusammenlegung von schnellen Reaktionskräften (Bataillone) eine Spezialbrigade formiert werden sollte, welche die Gebiete zurück erobern soll, die unter Kontrolle militanter Gruppierungen stehen.

Das Land beteiligte sich militärisch an der im Jahr 2017 ins Leben gerufenen Eingreiftruppe des Regionalbündnisses G5 Sahel. Neben Burkina Faso nahmen daran Niger, Tschad, Mauretanien und Mali teil. Ziel des Bündnisses war es, der fragilen Sicherheitssituation in der Sahelregion entgegenzuwirken, indem Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie Menschenhandel und -schmuggel bekämpft werden – militärisch sollte dies mit der besagten G5 Sahel Joint Force realisiert werden. Die Eingreiftruppe belief sich auf etwa 5.000 Soldat:innen und gliedert sich in sieben Bataillone. An der ersten Operation der Joint Force wirkten neben malischen und nigrischen Soldat:innen auch burkinische Streitkräfte mit. Nachdem Mali (2022) und Niger und Burkina Faso (2023) aus dem Bündnis ausgestiegen sind, wurde jedoch die Auflösung des Bündnisses verkündet. Die drei Länder gründeten kurz darauf die Allianz der Sahelstaaten (AES).

Im Mai 2023 hatte Burkina Faso im Zuge der UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) zudem 653 Soldat:innen im Nachbarland Mali stationiert. Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 eine inländische Eingreiftruppe zur Terrorismusbekämpfung, die Groupement des Forces Anti-Terroristes (GFAT), etabliert. Die Task Force besteht aus rund 1.600 Armee-, Gendarmerie- und Polizeiangehörigen und führt beispielsweise Razzien gegen vermeintlich terroristische Netzwerke, insbesondere im Norden des Landes, durch. Hinsichtlich der Sicherheit in der nördlichen Grenzregion kooperiert Burkina Faso mit Mali und bis zu dessen Ausstieg auch mit Frankreich. Seine verstärkte militärische Zusammenarbeit mit internationalen Partnern im „Anti-Terror-Kampf“ zeigte sich beispielsweise auch in gemeinsam mit den USA abgehaltenen militärischen Trainings und Austauschprogrammen (z. B. Flintlock). Zusätzlich befinden sich zwei regional ausgerichtete, nationale Militärschulen in Burkina Faso, die durch die französische Kooperation finanziert wurden (es ist davon auszugehen, dass Frankreich seine Finanzierung einstellte – genaue Informationen sind hierzu allerdings nicht erhältlich). Hierzu gehört die technische Militärakademie in der Hauptstadt Ouagadougou. Frankreich hatte zudem eine Operationsbasis in Ouagadougou, die 2014 im Zuge seiner Operation Barkhane errichtet wurde.

In den vergangenen Jahren, insb. seit dem Militärputsch, wird insb. Russland, aber auch der Iran, ein wichtiger Partner. Erst September 2024 wurde bekannt, dass die russische Weltraumagentur Roscosmos mit der Sahelallianz AES ein Telekommunikationssystem und Satellitenüberwachung für die Grenzen entwickeln soll.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	43	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	231	
Artillerie	Mehr als 58	
Panzerabwehr	Einige	Rückstoßfreie Abschussgeräte, z. B. Carl Gustav
Luftabwehr	42	Zahl der Geschütze; zusätzlich Flugabwehrraketen, z. B. 9K32 Strela-2

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Die Schlagkraft der burkinischen Landstreitkräfte war lange insbesondere durch die in weiten Teilen veraltete militärische Ausstattung eingeschränkt. Insgesamt wurde die Ausrüstung in den vergangenen Jahren aber deutlich aufgewertet bzw. durch neue Geräte ersetzt.

Die Aufklärer, von denen Burkina Faso über 43 verfügt, wurden bspw. größtenteils vor Jahrzehnten produziert: Die 24 EE-9 Cascavel Modelle wurden zum Beispiel zwischen 1983 und 1984 von Libyen gestiftet und die Mehrheit der 19 AML-60/AML-90 Modelle im Besitz des burkinischen Heeres entstammen einem Import aus Frankreich im Jahr 1975. Einige Modelle (wie britische Ferret aus dem Jahr 1971 oder zehn französische Aufklärer vom Typ M8/M20 aus dem Jahr 1961) wurden allerdings kürzlich ausgemustert. Stattdessen erhielt Burkina Faso allein 2024 eine ganze Reihe neuwertiger Mannschaftstransporter von der Volksrepublik China: zehn WZ551, 50 CS/VP-14, 40 VP-11 sowie 16 VN-22 – insgesamt also (schätzungsweise) 116 Stück. Zur moderneren Ausrüstung der Landstreitkräfte gehören auch weitere gepanzerte Mannschaftstransporter (bspw. sechs des Typ Gila oder 63 vom Typ Puma M26-15, die Burkina Faso ab 2009 bzw. 2014 aus Südafrika erwarb). 2019 stiftete Katar 24 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Storm. Im selben Jahr schenkte Frankreich dem burkinischen Militär vier gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion, von dem das Land bereits 2012 zehn Modelle erworben hatte. Zwischen 2018 und 2019 bestellte Burkina Faso außerdem für circa 28,9 Mio. US-Dollar 60 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Cobra aus der Türkei.

Auch in der Ausrüstung der Luftabwehr existieren alte wie neue Waffentypen: So verfügt das burkinische Heer einerseits noch über Flugabwehrraketen vom Typ 9K32 Strela-2, die 1986 geliefert wurden, andererseits importierte es im Jahr 2012 20 russische Flugabwehrraketen (Typ: Igla-S/SA-24).

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	1	
Transportflugzeuge	10	Davon 1 Passagierflugzeug
Ausbildungsflugzeuge	5	Alle kampffähig
Kampfhubschrauber	2	Mi-35 Hind
Transporthubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	4	
Drohnen	7	Bayraktar TB2 und -Akinci

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Die 600 Personen starke burkinische Luftwaffe (Force Aérienne de Burkina Faso, FABF) verfügt zum Teil über veraltetes Equipment. So sind beispielsweise zwei der fünf kampffähigen Ausbildungsflugzeuge, die sich im Besitz der Luftwaffe befinden, vom Typ SF-260WL Warrior, bereits im Jahr 1986 von Italien geliefert worden. Eines der Transportflugzeuge (Typ: Beech 200 King Air) entstammt einem Gebraucht-Import aus den USA im Jahr 1991. Auch ein in Frankreich produzierter Transporthubschrauber vom Typ AS350 wurde bereits 1991 erworben.

Die Kapazitäten der Luftwaffe werden jedoch zunehmend um moderne Rüstungsgüter erweitert und veraltete Fluggeräte werden ausgemustert: So hat Burkina Faso beispielsweise 2011 drei kampffähige Ausbildungsflugzeuge vom Typ EMB-314 Super Tucano in Einsatz genommen. 2012 schenkte Frankreich der Luftwaffe drei leichte Transportflugzeuge vom Typ Tetras. 2017 stiftete Taiwan Burkina Faso zwei gebrauchte Transporthubschrauber (Typ: UH-1H Huey). Daneben importierte Burkina Faso 2016 ein Aufklärungsflugzeug vom Typ DA42M aus Österreich. 2016 kaufte das Land zudem einen italienischen Hubschrauber vom Typ AW139 sowie 2018 zwei russische Maschinen vom Typ Mi-17 Hip H. Im Jahr 2019 wurde zudem ein Transportflugzeug des Typs C-295 aus Spanien geordert. Seit Mitte 2022 gehören auch fünf Bayraktar TB2- und seit 2024 zwei Akinci Kampfdrohnen zum Inventar der Luftstreitkräfte.

Im Kampf gegen bewaffnete, extremistische Gruppen in der Region unterstützte vor allem Frankreich die burkinischen Streitkräfte. So hatte Frankreich neben Soldat:innen unter anderem auch sieben Hubschrauber in Burkina Faso stationiert (zwei vom Typ AS532UL, zwei vom Typ H225M und drei vom Typ Gazelle). Der ehemalige burkinische Außenminister Alpha Barry gab in einem Radiointerview im Dezember 2019 an, dass das Land in hohem Maße auf Luftunterstützung von Seiten Frankreichs angewiesen sei. So mussten die meisten medizinischen Evakuierungen von französischem Militärpersonal geleistet werden. Ferner sei das Zurückdrängen von militanten Extremist:innen vor der Stadt Djibo im September 2019 der burkinischen Luftwaffe alleine nicht möglich gewesen, sondern insbesondere auf Interventionsmaßnahmen Frankreichs zurückzuführen.

**Box 2*****Gendarmerie & Paramilitär****Einige gepanzerte Mannschaftstransporter**Quelle: IISS Military Balance 2025***Box 3*****Peacekeeping****Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 5 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 8 Soldat:innen**Sudan (UNISFA): 1 Soldat:in**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Die Beziehung zwischen der burkinischen Gesellschaft und dem Militär ist von langen Phasen (semi-)autoritärer, militärdominierter Herrschaft geprägt. Das Militär verfügt über weitreichenden politischen Einfluss. In der postkolonialen Geschichte des westafrikanischen Landes ereigneten sich zahlreiche politische Umstürze durch das Militär und die Mehrheit der bisherigen Regierungschef:innen legte eine berufliche Laufbahn im Militär zurück.

Erstmals seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahre 1960 kam es in Burkina Faso, das damals noch Republik Obervolta hieß, im Jahr 1966 zu einem Militärputsch. Präsident der Militärregierung wurde General Abubakar Sangoulé Lamizana. Er wurde im Jahr 1980 infolge des von Oberst Saye Zerbo angeführten Umsturzes von diesem abgelöst. Zerbo wiederum wurde zwei Jahre später durch den Offizier Baptiste Philippe Ouédraogo aus dem Amt geputscht. Ein Jahr später erlangte Thomas Sankara, ebenfalls ein Offizier der burkinischen Streitkräfte, durch einen Staatsstreich das Amt des Präsidenten. Sankara wurde 1987 durch seinen ehemaligen Weggefährten, Hauptmann Blaise Compaoré, gestürzt und ermordet. Das darauffolgende Regime Compaorés, das 1989 einen Umsturzversuch durch einige Militärs vereitelte, währte 27 Jahre.

Im Oktober 2014 fand die Regierungszeit Compaorés in Folge von Massenprotesten gegen die geplante Verfassungsänderung, mit der er seine Amtszeit verlängern wollte, ein Ende. Eine Übergangsregierung unter dem ehemaligen Diplomaten Michel Kafando trat an. Damit stand das erste Mal in Burkina Fasos Geschichte ein Zivilist als Präsident an der Spitze des Staates. Im September 2015 kam es jedoch erneut zu einem Staatsstreich in Burkina Faso: Die militärische Eliteeinheit RSP (Regiment of Presidential Security) stürmte unter Führung ihres Kommandanten General Gilbert Diendéré eine Kabinettsitzung der Übergangsregierung und nahm Präsident Kafando, den Premierminister sowie weitere Minister:innen als Geiseln. Diendéré löste die Übergangsregierung auf und ernannte sich zum Präsidenten. Zivile Massenproteste brachen aus, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen mobilisierten massiven Widerstand gegen den Putsch. Die RSP reagierte mit brutaler Gewalt – in einer Woche starben 14 Protestierende, mehr als 250 wurden verletzt. Nicht zuletzt auf

Druck der Armee, die sich zunächst zurückgehalten hatte, und wegen der anhaltenden Proteste ergab sich Diendéré jedoch schließlich. Aus den Wahlen im November 2015 ging der Bankier Roch Marc Christian Kaboré als Sieger hervor, der Jahre zuvor unter Compaoré zahlreiche ranghohe Ämter innegehabt hatte. Die RSP wurde aufgelöst. Einige Schlüsselakteure des Putsches von 2015, darunter Diendéré selbst, wurden vor ein Militärgericht gestellt und zu Haftstrafen von bis zu 30 Jahren verurteilt. Laut eines Berichts der International Crisis Group blieb die Lage innerhalb des Militärs auch nach einer großangelegten Umbildung in der militärischen Hierarchie, welche von Kaboré zwischen 2018 und 2019 durchgeführt wurde, angespannt und die Gefahr von Meutereien und Putschversuchen relativ hoch. Bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2020 wurde Kaboré noch in seinem Amt bestätigt, Ende Januar 2022 kam es jedoch zu einem weiteren Coup durch die Armee. Nach der Festnahme Kaborés wurde der Putschführer Paul-Henri Sandaogo Damiba im Januar 2022 offiziell zum Präsidenten ernannt. Im September des gleichen Jahres kam es jedoch erneut zu einem Putsch unter Führung von Hauptmann Ibrahim Traoré, welcher derzeit das Amt des Präsidenten einnimmt. Noch im September 2023 soll ein erneuter Putschversuch vereitelt worden sein.

Der einflussreichen Stellung des Militärs im politischen System Burkina Fasos steht eine breite Zivilgesellschaft gegenüber, in der vor allem Gewerkschaften, Studierendenvereinigungen und Menschenrechtsorganisationen aktiv sind. Ihre Proteste waren sowohl für die Beendigung der Herrschaft Compaorés als auch für die des Putsches der RSP entscheidend.

In den letzten Jahren mehrten sich Berichte von Menschenrechtsverletzungen durch Militärs im Rahmen des sogenannten „Anti-Terror-Kampfes“. Amnesty International verweist im Länderbericht 2019 beispielsweise auf die „Neutralisierung“ von 146 „Terrorist:innen“ in den nördlichen Provinzen Yatenga und Loroum. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnen einige dieser Tötungen als außergerichtliche Hinrichtungen. Massive Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Militäroperationen setzten sich 2020 fort, so Amnesty International im Jahresbericht. Auch Human Rights Watch dokumentiert im Länderbericht 2020 willkürliche Massenverhaftungen und außergerichtliche Exekutionen von Personen in den konfliktreichen Regionen durch Soldat:innen und die Gendarmerie. Einige der Festgenommenen wurden später tot aufgefunden, andere starben nach schwerer Misshandlung in Gewahrsam. Die Menschen in den Konfliktregionen fliehen nicht nur wegen der Gefahr bewaffneter Überfälle extremistischer Gruppen, sondern auch wegen der Gewaltanwendung staatlicher Streitkräfte im Rahmen der Terrorismusbekämpfung. Versprechungen seitens der burkinischen Regierung zur Aufarbeitung von durch das Militär und anderen Sicherheitskräften verübten Menschenrechtsverletzungen bleiben folgenlos. Die Situation hat sich auch unter der neuen Militärregierung, HRW (2025) zufolge, bisher nicht geändert.

Trotz vermehrter Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige wird das Militär in Teilen der Bevölkerung als wichtiger Stabilitätsfaktor wahrgenommen. Nach Angaben des Afrobarometer 2019 lehnte zwar eine Mehrheit von 62 % (2018: 74 %) der burkinischen Bevölkerung eine Militärregierung als Regierungsform ab. Dennoch würden über 66 % der Befragten (Stand 2021/2023) einer militärischen Intervention in Regierungsgeschäfte zustimmen. Diese Tendenz scheint stabil: Schon 2018 gaben 71 % an, dass das Militär das Land oft, wenn auch nicht immer, vor inneren und äußeren Sicherheitsbedrohungen schütze. Auch sagten 68 %, das Militär arbeite professionell und wahre die Bürgerrechte. Die Wahrnehmung des Militärs als wichtigen Faktor für Sicherheit und Stabilität könnte angesichts einer sich zuspitzenden Sicherheitslage weiter an Bedeutung gewinnen. Ob, oder wie sich die Wahrnehmung des Militärs nach den jüngsten Putschen im Januar und September 2022 ändern wird, bleibt noch abzuwarten.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,4	0,3	0,4	0,6	2,0

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

### Kommentar

Der burkinische Sicherheitsapparat besteht neben Heer und Luftwaffe aus der Nationalen Gendarmerie und der Polizei. Während die Gendarmerie technisch gesehen dem Verteidigungsministerium untersteht, ist sie jedoch dem Ministerium für Innere Sicherheit gegenüber berichtspflichtig. Damit hat sie sowohl militärische wie auch polizeiliche Funktionen. Sie besteht derzeit aus etwa 4.200 Streitkräften und ist mit gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ Bastion ausgestattet. Die Nationale Polizei hingegen untersteht dem Ministerium für Innere Sicherheit. Traditionell gesehen operiert sie vor allem in städtischen Gegenden, während die Gendarmerie für Sicherheit und Ordnung in ländlichen Gebieten zuständig ist. Diese räumliche Trennung verschwimmt in den letzten Jahren jedoch zunehmend.

Aufgrund der Tatsache, dass Sicherheit und Ordnung durch staatliche Sicherheitskräfte de facto nicht auf dem gesamten burkinischen Territorium garantiert ist, und wegen der gestiegenen Gefahr bewaffneter Überfälle durch extremistische Gruppen haben sich in zahlreichen Regionen Burkina Fasos nicht-staatliche, bewaffnete Gruppen gebildet, die den Mangel an staatlichen Sicherheitsgarantien kompensieren wollen. So etwa die Selbstverteidigungsmiliz Koglwéogo, die Anfang 2015 von Landwirt:innen gegründet wurde und eine Antwort auf die wachsende Unsicherheit in den nördlichen Regionen darstellen soll. Hinzu kommen traditionelle Selbstverteidigungsgruppen wie die Dozo, die in westlichen Gebieten aktiv sind. Diese informellen Sicherheitsakteure werden von weiten Teilen der burkinischen Gesellschaft akzeptiert: Laut Afrobarometer fanden 2018 77 % der Gesellschaft, dass sie „eine gute Sache“ für die Sicherheit des Landes seien. Eine neue Legitimierung erfuhren die Selbstverteidigungsgruppen im Januar 2020 durch den „Volunteers for the Defense of the Homeland Act“: Auf Basis bestehender Gruppen – wie den Koglwéogo und Dozo – sollen Freiwillige staatlich unterstützt militärisch ausgebildet werden, um Stabilität und Sicherheit in den Regionen zu erhöhen. Menschenrechtsorganisationen positionieren sich gegenüber diesen nichtstaatlichen, bewaffneten Gruppen äußerst kritisch, da sie eigenen, unkontrollierten Regeln folgen. Human Rights Watch und Amnesty International dokumentieren Tötungen, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, die durch diese Gruppen begangen werden. Stand 2025 umfassen diese „Homeland Defence Volunteers“ rund 30.000 Mitglieder. Rekrut:innen absolvieren eine zwei- bis dreiwöchige Ausbildung und werden anschließend bewaffnet. Regionaleinheiten werden dann der nächstgelegenen Militäreinheit, spezialisierten Polizeieinheiten oder einer Gendarmerie-Brigade unterstellt.

Auch staatliche Sicherheitskräfte sind in schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen involviert; so kommt es immer wieder zu außergerichtlichen Hinrichtungen. Allein zwischen

November 2019 und Juni 2020 wurden laut Human Rights Watch in der Gegend um Djibo die Überreste von 180 hingerichteten Personen gefunden. Hinzu kommen etliche Berichte von Folter und schwerer Misshandlung in Polizeigewahrsam. Opfer- sowie zivilgesellschaftliche Organisationen bemängeln, dass Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte nicht untersucht werden. Auch bei Demonstrationen gehen Sicherheitskräfte mitunter gewaltsam gegen Protestierende vor; in der Folge gibt es regelmäßig Verletzte. Hinzu kommen ein hohes Maß an Korruption, insbesondere innerhalb der Polizei, sowie ein Klima von Straflosigkeit: Zwar werden Fälle von Korruption strafrechtlich verfolgt, bleiben aber zumeist ohne Konsequenzen.

## Diversität in den Sicherheitskräften

Die Beteiligung von Frauen in den Sicherheitskräften Burkina Fasos ist insgesamt gering und erst seit den 2000er Jahren institutionell verankert. Frauen wurden ab 2007 in die Armee sowie in die Nationalgendarmerie aufgenommen. Belastbare und aktuelle Gesamtzahlen zum Frauenanteil in Militär und Polizei liegen nicht vor, was die Bewertung der tatsächlichen Repräsentation einschränkt.

Für den Polizeidienst existieren vereinzelte Referenzdaten. Im Jahr 2010 lag der Frauenanteil bei 5 % (310 von 6.226 Beschäftigten). Gleichzeitig wurden punktuell Rekrutierungsquoten in einzelnen Laufbahnen eingeführt. So waren für Kommissar-Positionen 5 von 15 Stellen (33,3 %) für Frauen vorgesehen, für Offizierslaufbahnen 50 von 210 Stellen (23,8 %) und für Assistenzpositionen 50 von 750 Stellen (6,7 %). Bereits zuvor bestanden ähnliche Quotenregelungen, etwa für Kommissare (33,3 %) und Assistenzpersonal (7,1 %). Diese Maßnahmen führten jedoch nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Geschlechterverteilung innerhalb der Polizei.

Die Tätigkeitsfelder von Frauen konzentrieren sich überwiegend auf unterstützende sowie nicht-operative Funktionen. Dabei tragen weibliche Angehörige der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zur Vertrauensbildung zwischen Sicherheitsorganen und Zivilbevölkerung bei und sind in lokalen Mediations- und Präventionsprozessen eingebunden.

Auf institutioneller Ebene wurden in Burkina Faso politische Rahmenbedingungen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit geschaffen, die auch für den Sicherheitssektor relevant sind. Zentrale Grundlage bildet die National Gender Policy (NGP) sowie der nationale Aktionsplan zu ihrer Umsetzung, der als übergreifender Rahmen für staatliche Maßnahmen zur Verringerung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten dient und für alle Ministerien und staatlichen Institutionen gilt. Im sicherheitsrelevanten Bereich ist insbesondere die Öffnung militärischer Ausbildungsstrukturen für Frauen hervorzuheben. So wurde die Prytanée militaire de Kadiogo (PMK) für Mädchen geöffnet; 2012 waren dort 129 von 445 Schüler:innen weiblich. Dies stellt eine strukturelle Maßnahme zur Erweiterung des Zugangs von Frauen zu militärischen Laufbahnen dar. Im September 2022 wurde die Initiative „Women, Peace and Security in Burkina Faso“ ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Frauen und Mädchen stärker in Mediation, Konfliktprävention und Friedensförderung einzubinden. Die Umsetzung orientiert sich an der Women, Peace and Security (WPS) Agenda. Trotz dieser Maßnahmen bleibt die tatsächliche Beteiligung von Frauen an sicherheitsrelevanten Entscheidungsprozessen begrenzt, insbesondere auf lokaler Ebene, wo sie trotz ihrer Rolle in informellen Mediationsstrukturen unterrepräsentiert sind.

LGBTQIA+-Personen sind zwar nicht explizit vom Dienst in Sicherheitskräften ausgeschlossen, jedoch können sie aufgrund der allgemeinen repressiven Rechtslage und der konservativen öffentlichen Meinung auch nicht offen dienen.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

**Tabelle 11**

### *Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen*

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Burkina Faso ist der Mehrheit zentraler internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten. Am 3. Juni 2013 unterzeichnete das Land den internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT), der verbindliche Standards für den globalen Waffenhandel festlegt und den illegalen Handel eindämmen soll.

Zudem zählt Burkina Faso zu den ersten Staaten, die den Vertrag von Pelindaba unterzeichneten und ratifizierten. Dieser trat 2009 in Kraft und untersagt Entwicklung, Herstellung, Besitz, Stationierung und Erprobung von Kernwaffen auf dem afrikanischen Kontinent.

Im September 2022 unterzeichnete Burkina Faso außerdem den Atomwaffenverbotsvertrag; eine Ratifizierung steht bislang noch aus.

Weder die Europäische Union noch die Vereinten Nationen haben derzeit ein Waffenembargo gegen Burkina Faso verhängt.

## Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 12**

### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

#### Box 4

##### **Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch für 2026**

*Burkina Faso's dire human rights situation further deteriorated in 2025. Deadly attacks by Islamist armed groups against civilians surged and military forces and pro-government militias committed serious abuses during counterinsurgency operations, including possible crimes against humanity. Burkina Faso's military junta, which took power in a 2022 coup, cracked down on media, the political opposition, and dissent, contributing to the shrinking of civic space. The junta delayed the return to civilian rule. In May 2024, the junta announced that it would remain in power for another five years after the political opposition boycotted national talks. Military authorities clamped down on lesbian, gay, bisexual, and transgender (LGBT) people's rights. In September, the junta passed a law making consensual same-sex relations a criminal offense punishable by two to five years in prison and fines. In July, the junta passed a law abolishing the Independent National Electoral Commission, ostensibly as a cost-saving measure. The Minister of Territorial Administration said the Interior Ministry would oversee any future elections. In January, Burkina Faso left the Economic Community of West African States (ECOWAS), having served notice a year earlier. The move limits opportunities for citizens to seek justice through the ECOWAS Community Court of Justice. In September, Burkina Faso announced it would leave the International Criminal Court, jeopardizing access to justice for victims of atrocity crimes.*

**Quelle: Human Rights Watch World Report 2026**  
[World Report 2026: Burkina Faso | Human Rights Watch](#)

#### Box 5

##### **Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2026**

*Human rights violations and abuses against civilians continued during the armed conflict. Military authorities continued their crackdown on the rights to freedom of expression, association and press freedom, through the arrest of journalists, the suspension of media, enforced disappearances and suspensions of NGOs.*

**Quelle: Amnesty International Report 2026**  
<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL10032026ENGLISH-1.pdf>

**Box 6****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

*Bewertung für Burkina Faso auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 18/60*

*Politische Rechte: 2/40*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (20/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

**Box 7****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*Two successive military coups in 2022 plunged Burkina Faso into political crisis, eliminating many of the significant political reforms that had been implemented after the 2014–15 transition from the rule of long-time President Blaise Compaoré. While civil society and organized labor remain strong forces for democracy, they have come under increasing pressure, and Burkina face continued insecurity and violence from armed extremist groups, militias, and government forces, causing widespread internal displacement. The stated goal of the military's two illegal seizures of power was to address growing security and humanitarian crises, but insecurity has dramatically worsened since the takeovers. The ruling junta has acted unilaterally to entrench itself in power, postponing elections indefinitely and suppressing dissent.*

*Quelle: <https://freedomhouse.org/country/burkina-faso/freedom-world/2026>*

**Kommentar**

Burkina Faso ist den zentralen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beigetreten. Die Verfassung garantiert grundlegende Freiheitsrechte wie Religions-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit. In der Praxis kommt es jedoch regelmäßig zu Einschränkungen und Verstößen.

Nach der Machtübernahme von Präsident Roch Marc Christian Kaboré im Jahr 2015 verbesserten sich zunächst die Bedingungen für Demonstrationen. Dennoch wurden Proteste weiterhin unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten oder gewaltsam aufgelöst. So setzte die Polizei im September 2019 in der Hauptstadt Tränengas gegen eine von Gewerkschaften organisierte Kundgebung ein. Seit den Militärputschen im Jahr 2022 hat sich die Lage der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit in Burkina Faso deutlich verschärft. Die Militärregierung geht zunehmend repressiv gegen Medien, Zivilgesellschaft und politische Opposition vor. So wurden wiederholt nationale und internationale Medien suspendiert oder eingeschränkt, darunter die Sender TV5 Monde und BBC sowie das burkinische Nachrichtenmedium L'Événement; zudem wurde der Zugang zu mehreren internationalen Nachrichtenwebseiten zeitweise blockiert. Nach Angaben von Amnesty International stehen diese Maßnahmen im Zusammenhang mit kritischer Berichterstattung über sicherheitsrelevante Vorfälle und mögliche Korruptionsfälle.

Darüber hinaus sehen sich Journalist:innen und Regierungskritiker:innen Repressionen wie Verhaftungen, Entführungen oder Zwangsrekrutierungen in den Militärdienst ausgesetzt. Nach Angaben von Human Rights Watch werden oppositionelle Stimmen systematisch

unterdrückt; Sicherheitskräfte gehen gezielt gegen Kritiker:innen vor, wobei mehrere Betroffene zeitweise verschwanden oder weiterhin vermisst werden. Insgesamt nutzt die Militärführung weitreichende Notstandsregelungen, um öffentliche Kritik einzuschränken und grundlegende Freiheitsrechte zu begrenzen.

Staatliche Sicherheitskräfte und regierungsnahe Milizen begehen auch im Kampf gegen bewaffnete Gruppen schwere Menschenrechtsverletzungen. Nach Angaben von Human Rights Watch umfassen diese unter anderem außergerichtliche Tötungen, wahllosen Gewalteinsatz sowie die gezielte Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Fulani, denen häufig pauschal eine Nähe zu dschihadistischen Gruppen unterstellt wird. Bereits zwischen November 2019 und Juli 2020 wurden rund 180 Personen im Umfeld der Stadt Djibo tot aufgefunden, wobei Hinweise auf Massenhinrichtungen durch Sicherheitskräfte bestehen. Auch in jüngerer Zeit setzen sich diese Praktiken fort: So sollen Sicherheitskräfte im Jahr 2023 in der Provinz Séno mehrere Männer getötet sowie weitere Personen gewaltsam verschwinden lassen und anschließend ebenfalls getötet haben; zudem wurden auch Minderjährige misshandelt. Ein besonders schwerer Vorfall ereignete sich Anfang März 2024 im Umfeld der Stadt Solenzo in der Region Boucle du Mouhoun, wo bei einer koordinierten Militäroperation („Green Whirlwind 2“) mindestens 130 Fulani-Zivilist:innen durch Soldaten und Mitglieder regierungsnaher Milizen getötet wurden; weitere Opfer werden vermutet.

Die anhaltende Gewalt bewaffneter Gruppen, aber auch das Vorgehen staatlicher Akteure, tragen insgesamt erheblich zu Fluchtbewegungen im Land bei: Bereits 2020 waren nach Angaben des UNHCR rund 2,7 Millionen Menschen binnenvertrieben.

Ermittlungen gegen staatliche Akteure erfolgen nur selten, wodurch ein Klima weitgehender Straflosigkeit besteht. So gab es auch im Jahr 2025 keine Fortschritte bei der Aufklärung mehrerer Tötungen aus dem Jahr 2024, darunter ein Massaker an über 200 Zivilist:innen in den Dörfern Soro und Nondin im Norden des Landes.

Berichte über Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam sind verbreitet. Die Haftbedingungen gelten als äußerst schlecht; Gefängnisse sind massiv überbelegt. Zudem kommt es häufig zu Inhaftierungen ohne Anklage, was gegen internationale Standards eines fairen Verfahrens verstößt.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Burkina Faso hat zentrale internationale Menschenrechtsabkommen ratifiziert, darunter CEDAW, den International Covenant on Civil and Political Rights, den International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights sowie die Convention on the Rights of the Child, und ist damit völkerrechtlich zur Bekämpfung von Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt verpflichtet.

Trotz dieser Verpflichtungen sind geschlechtsspezifische Gewaltformen in Burkina Faso tief strukturell verankert und betreffen große Teile der weiblichen Bevölkerung. Daten von United Nations Population Fund (UNFPA) zeigen, dass etwa 76 % von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind. Zudem berichten 9,3 % der Frauen und Mädchen von intimer Partnergewalt. Ergänzend weisen Daten der World Health Organization (WHO) darauf hin, dass 11,5 % der Frauen körperliche und/oder sexuelle Gewalt sowie 9,3 % psychologische Gewalt innerhalb von Partnerschaften erfahren haben. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Ungleichheiten, etwa im Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung. Femizide werden rechtlich nicht gesondert erfasst; es existieren weder spezifische Straftatbestände noch verschärfte Strafrahmen für geschlechtsspezifisch motivierte Tötungen.

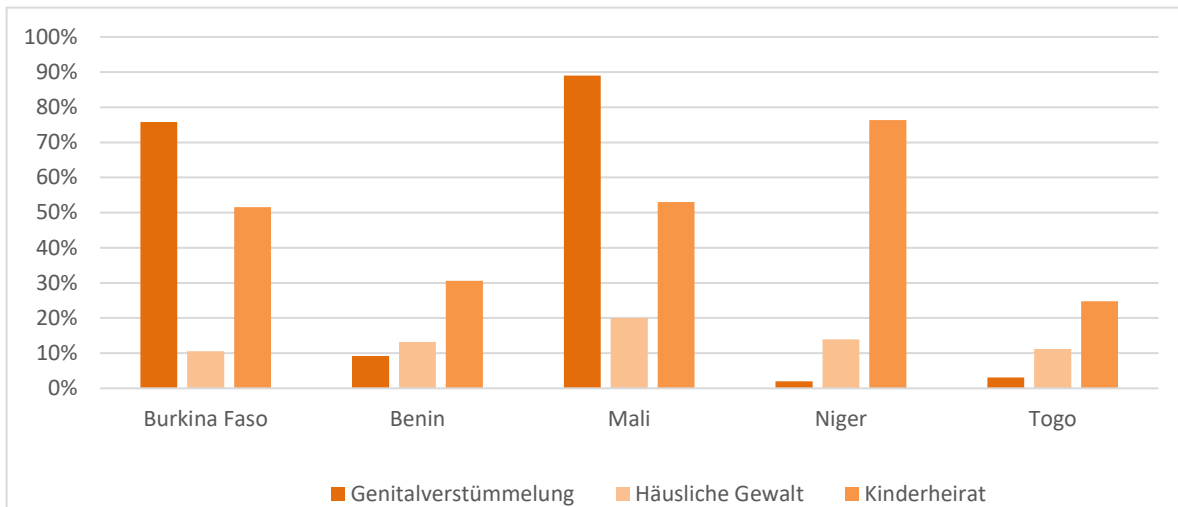
Rechtlich verfügt Burkina Faso grundsätzlich über ein vergleichsweise umfassendes Instrumentarium zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Mit dem Gesetz Nr. 061-2015/CNT werden unter anderem häusliche Gewalt, Vergewaltigung, weibliche Genitalverstümmelung und Zwangsheirat kriminalisiert. Das Gesetz sieht zudem Schutzmaßnahmen, spezialisierte Strukturen sowie Unterstützungsangebote für Betroffene vor. Allerdings bestehen deutliche Defizite in der Umsetzung. Ein eigenständiger nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen liegt aktuell nicht vor, und bestehende Maßnahmen – wie Sensibilisierungskampagnen oder Programme zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung – bleiben vielfach fragmentiert und projektbasiert. Insgesamt zeigt sich damit eine Diskrepanz zwischen rechtlichem Anspruch und tatsächlicher Durchsetzung.

Ein zentrales Problem stellt die weit verbreitete Praxis von Kinderehen dar. Nach Angaben von UNFPA und UN Women ist mehr als jede zweite Frau im Alter von 20 – 24 Jahren bereits vor Vollendung des 18. Lebensjahres verheiratet worden (51,6 %). Frühverheiratung steht in engem Zusammenhang mit sozioökonomischen Faktoren und tradierten Geschlechternormen: Bildung von Mädchen wird häufig als weniger relevant betrachtet, da sie früh in andere Haushalte einheiraten, während sie nach der Eheschließung überwiegend unbezahlte Care-Arbeit übernehmen. Ein von Amnesty International analysierter Entwurf eines neuen Personen- und Familiengesetzbuches sieht zwar grundsätzlich ein Mindestheiratsalter von 18 Jahren vor, erlaubt jedoch Ausnahmen ab 16 Jahren mit richterlicher Zustimmung. Dies widerspricht internationalen Verpflichtungen wie der CEDAW und könnte bestehende Praktiken der Kinderehe weiter legitimieren.

Vergewaltigung, einschließlich Vergewaltigung in der Ehe, ist seit 2015 strafbar und kann mit Freiheitsstrafen von fünf bis zehn Jahren geahndet werden. Trotz dieser gesetzlichen Grundlage ist davon auszugehen, dass gesellschaftliche Normen, Stigmatisierung und eingeschränkter Zugang zu Justizinstitutionen die tatsächliche Anzeige und Verfolgung solcher Taten erheblich begrenzen. Die Abtreibungsgesetzgebung ist zudem restriktiv gestaltet. Schwangerschaftsabbrüche sind nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt, etwa bei Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der schwangeren Person sowie in Fällen von Vergewaltigung, Inzest oder schwerer fetaler Schädigung. In der Praxis bestehen zudem erhebliche Informationsdefizite und Zugangsbarrieren. Aufgrund strafrechtlicher Sanktionen bei illegalen Abbrüchen und sozialer Stigmatisierung erfolgen viele Schwangerschaftsabbrüche im Verborgenen, was erhebliche Gesundheitsrisiken mit sich bringt.

Im Bereich der Rechte von LGBTQIA+-Personen ist zuletzt ein deutlicher Rückschritt zu verzeichnen. Während einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen lange Zeit nicht strafbar waren, verabschiedete die Übergangslégislative im September 2025 ein Gesetz, das diese kriminalisiert und mit Freiheitsstrafen von zwei bis fünf Jahren sowie Geldstrafen belegt. Bereits zuvor hatte Amnesty International darauf hingewiesen, dass entsprechende Gesetzesentwürfe auch die Unterstützung oder Verteidigung von LGBTQIA+-Rechten kriminalisieren könnten.

## Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:  
Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

## Innere Lage im Empfängerland

## Box 8

**Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung**

Burkina Faso underwent a turbulent period of transformation between 2023 and 2025, marked by military rule, an evolving security landscape, economic restructuring and shifting geopolitical alliances. While there has been some progress in the economic and security sectors, the quality of democratic governance has significantly deteriorated, raising concerns about the country's long term trajectory. In recent years, the political landscape in Burkina Faso has been dominated by the military-led government under Captain Ibrahim Traoré. Following two military coups in 2022, the promised democratic transition has been postponed. The National Assembly in May 2024 extended the transition period by five years, meaning no elections will take place until at least July 2029. Political parties have been banned from operating and civil society organizations face growing repression, with activists, journalists and opposition figures subjected to intimidation, arbitrary arrests or forced recruitment into state-aligned militias. Press freedom, once a hallmark of Burkina Faso's democratic aspirations, has significantly declined. Numerous international and local media outlets have been banned, and state-controlled narratives dominate the information space. Government critics face threats, censorship or exile, further weakening democratic discourse. Judicial independence has also deteriorated. The High Court of Justice was abolished in December 2023, and constitutional amendments now allow individuals without judicial experience to serve in key legal institutions. Judges and legal professionals critical of the regime have been arrested, pressured or co-opted into military roles. Burkina Faso continues to struggle with insecurity, with about 30% of its territory under the control of jihadist groups by late 2024. The government has prioritized military solutions, deploying both national security forces and the controversial Volunteers for the Defense of the Homeland (Volontaires de la Défense de la Patrie, VDP). While the government has reclaimed some

*territory, these efforts have been accompanied by reports of human rights violations, including extrajudicial killings and ethnically motivated violence, particularly against the Fulani community.*

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/BFA>

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Burkina Faso 40 von 100 möglichen Punkten (2024: 41 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Bulgarien, Ungarn, Kuba, Guyana oder Ungarn und Nordmazedonien und Tansania. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

### **Spannungen und innere Konflikte**

Burkina Faso ist seit seiner Unabhängigkeit von wiederholten Phasen politischer Instabilität und Militärinterventionen geprägt. Der Volksaufstand im Jahr 2014 beendete die jahrzehntelange Herrschaft von Blaise Compaoré, führte jedoch nicht zu einer nachhaltigen Stabilisierung staatlicher Strukturen. Nach einem gescheiterten Putschversuch im Jahr 2015 wurde Roch Marc Christian Kaboré zum Präsidenten gewählt. Zentrale Probleme wie schwache Institutionen, Korruption und mangelnde Sicherheitskontrolle blieben bestehen. Das Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) verzeichnete seit 2015 hunderte Proteste und Streiks, was auf anhaltende gesellschaftliche Spannungen hinweist. Der International Crisis Group zufolge betrachten große Teile der Bevölkerung den politischen Umbruch weiterhin als „unvollendet“, da sich politische Eliten und Regierungspraktiken nur begrenzt verändert haben. Die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Streitkräfte sowie die verschlechterte Sicherheitslage mündeten schließlich in zwei Militärputsche im Januar und September 2022.

Während Blaise Compaoré seine Kontrolle über das Land durch persönliche Allianzen und die Unterdrückung politischer Opposition sicherte, nahm die staatliche Präsenz insbesondere in ländlichen Regionen nach dem Ende seines Regimes deutlich ab. In vielen Gebieten entstand ein Machtvakuum, das staatliche Institutionen bis heute nur unzureichend füllen konnten. In diesem Kontext eskalieren lokale Konflikte, insbesondere um Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen, die häufig entlang ethnischer Linien verlaufen. Besonders ausgeprägt sind Spannungen zwischen nomadischen Hirt:innen, insbesondere Fulani, und sesshaften Gruppen wie Mossi oder Gourmantché. Bereits 2015 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen. Der International Crisis Group zufolge nutzen bewaffnete Gruppen diese Spannungen gezielt aus und verstärken bestehende Konfliktlinien.

Gleichzeitig beeinträchtigen die schlechte Ausstattung der Sicherheitskräfte sowie Korruption im Sicherheits- und Justizsektor eine effektive Rechtsdurchsetzung. Infolge dieses eingeschränkten staatlichen Gewaltmonopols entstanden zahlreiche Selbstverteidigungsgruppen, darunter die Koglwéogo, die sich seit 2014 als lokale Ordnungsmacht etabliert haben. Schätzungen zufolge gab es im Jahr 2018 rund 4.500 solcher Gruppen mit etwa 45.000 Mitgliedern. Während diese in Teilen der Bevölkerung Rückhalt genießen (Afrobarometer 2018), sind sie zugleich für brutale Bestrafungsmethoden bekannt und tragen durch ihre häufig ethnisch geprägte Rekrutierung zur Verschärfung interethnischer Spannungen bei. So kam es nach der Ermordung eines Dorfvorstehers in Yirgou im Januar 2019 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Fulani- und Mossi-Gemeinschaften, bei denen laut

Regierung etwa 50 Menschen starben, während lokale zivilgesellschaftliche Gruppen von rund 200 Todesopfern berichteten. Parallel setzt die Regierung verstärkt auf die Mobilisierung ziviler Kräfte, die häufig nur kurz ausgebildet und anschließend bewaffnet eingesetzt werden. Laut International Crisis Group erhöht diese Strategie ohne wirksame Kontrollmechanismen das Risiko weiterer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

Die Sicherheitslage in Burkina Faso wird maßgeblich durch die Aktivitäten dschihadistischer Gruppen geprägt. Seit der Beteiligung burkinischer Streit- und Sicherheitskräfte an der UN-Mission in Mali im Jahr 2014 geraten auch burkinische Einheiten verstärkt ins Visier solcher Gruppen. Seit 2015/2016 sind mit Ansarul Islam, Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM) und Islamic State West Africa Province (ISWAP) zentrale dschihadistische Gruppen im Land aktiv. Diese verüben regelmäßig Angriffe auf Militär sowie staatliche Einrichtungen, bei denen jährlich zahlreiche Menschen getötet, verletzt oder entführt werden. Die Angriffe konzentrieren sich insbesondere auf die nördlichen und östlichen Regionen an den Grenzen zu Mali und Niger, haben sich jedoch zunehmend auch auf andere Landesteile sowie die Hauptstadt ausgeweitet. Seit Anfang 2019 gilt in mehreren Provinzen der Notstand, der schrittweise ausgeweitet wurde und im Oktober 2024 bereits 23 Provinzen umfasst. Zunehmend richten sich die Angriffe auch gezielt gegen Zivilist:innen sowie religiöse Gruppen, insbesondere christlichen Glaubens. Die Gewalt hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und erreicht immer wieder ein Ausmaß großflächiger Massaker, wie etwa im August 2024. Auch das Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte trägt zur Eskalation des Konflikts bei. Nach Einschätzung der International Crisis Group begünstigt die Gewaltanwendung im Rahmen der „Terrorismusbekämpfung“ Radikalisierungsprozesse, da betroffene Bevölkerungsgruppen aus Angst, Schutzbedürfnis oder Vergeltung Anschluss an bewaffnete Gruppen suchen. Reuters berichtet zudem, dass staatliche Kräfte und mit ihnen verbündete Milizen seit 2023 für mehr zivile Todesopfer verantwortlich waren als dschihadistische Gruppen.

Trotz intensiver militärischer Maßnahmen verschärft sich die Sicherheitslage weiter. Daten des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) zeigen, dass sich Burkina Faso zu einem zentralen Konfliktherd der Sahelzone entwickelt hat. Die Zahl der Todesfälle durch Konfliktgewalt stieg 2023 um 38 %, die Zahl ziviler Opfer um 18 % im Vergleich zum Vorjahr. Dem UN-Sicherheitsrat zufolge wurden allein 2023 mehr als 8.000 Menschen getötet. Zudem berichtete Human Rights Watch, dass Sicherheitskräfte im Jahr 2023 in den Dörfern Soro und Nondin 223 Zivilist:innen, darunter 56 Kinder, getötet haben sollen. Außerdem lebt ein erheblicher Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen und ist vielfach von Vertreibung betroffen.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Burkina Faso ist ein Binnenstaat in Westafrika, der bis zur Umbenennung im Jahr 1984 als Republik Obervolta bekannt war. Mit einer Fläche von rund 274.200 Quadratkilometern grenzt das Land im Norden und Westen an Mali, im Osten an Niger, im Südosten an Benin und Togo, im Süden an Ghana sowie im Südwesten an Côte d'Ivoire.

Burkina Faso liegt sowohl in der Sahelzone als auch in der sudanischen Großlandschaft südlich der Sahara. Das Land ist überwiegend flach und durch Savannenlandschaften geprägt. Es zählt zu den ärmsten Ländern der Welt.

## Politische Situation in der Region

Die politische Lage in Westafrika ist derzeit durch anhaltende sicherheitspolitische Spannungen, insbesondere im Sahelraum, gekennzeichnet. Internationale Indizes verdeutlichen dabei die Unterschiede in Stabilität und politischer Freiheit zwischen den vergleichsweise stabilen Küstenstaaten und den fragilen Staaten des Sahelraums. Im Fragile States Index gehört Burkina Faso mit Rang 21 von 179 zu den besonders fragilen Staaten der Region, ebenso wie Mali (Rang 14). Demgegenüber schneiden Küstenstaaten deutlich stabiler ab: Togo (51) und Côte d'Ivoire (39) weisen eine erhöhte staatliche Fragilität auf, während Ghana mit Rang 106 vergleichsweise stabil ist. Ein ähnliches Bild ergibt sich aus den Bewertungen von Freedom House: Burkina Faso (25) und Mali (24) werden als nicht frei eingestuft, während Côte d'Ivoire (49) und Togo (41) als teilweise frei gelten. Ghana hebt sich mit 80 von 100 Punkten als freier Staat von diesen Ländern ab.

In **Côte d'Ivoire** wirken die Folgen früherer politischer Krisen weiterhin nach. Die politische Entwicklung des Landes wurde durch die Regierungskrise nach den Präsidentschaftswahlen 2010 geprägt, als sowohl der amtierende Präsident Laurent Gbagbo als auch der international anerkannte Wahlsieger Alassane Ouattara Anspruch auf die Staatsführung erhoben. Die Krise eskalierte 2010/11 gewaltsam und endete mit der Festnahme Gbagbos durch Ouattaras Kräfte mit Unterstützung französischer Truppen. Seitdem konsolidierte Ouattara seine politische Macht zunehmend. Seine erneute Kandidatur wurde durch eine Verfassungsänderung ermöglicht und blieb innenpolitisch umstritten. Die Präsidentschaftswahlen 2020 gingen erneut mit Gewalt, Protesten und Fluchtbewegungen in Nachbarstaaten einher. Auch die jüngsten Wahlen im Dezember 2025 bestätigten die Dominanz der Regierungspartei und führten zur Wiederwahl von Präsident Ouattara. Zugleich vertieften sie die politische Polarisierung, da zentrale Oppositionsakteure vom Wahlprozess ausgeschlossen wurden, darunter Tidjane Thiam, der Vorsitzende der größten Oppositionspartei. Laurent Gbagbo, der für Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde, wurde im März 2021 vom Internationalen Strafgerichtshof freigesprochen und kehrte nach 10 Jahren im Exil in sein Heimatland zurück. Ouattaras Zustimmung zu der Rückkehr des Ex-Präsidenten kann als Schritt in Richtung Versöhnung interpretiert werden.

Deutlich instabiler präsentiert sich hingegen die politische Lage in **Mali**. Nach dem Militärputsch von 2012 und der Ausbreitung bewaffneter Tuareg-Rebellengruppen sowie jihadistischer Gruppierungen im Norden des Landes intervenierte Frankreich im Januar 2013 militärisch, um deren Vormarsch aufzuhalten. Die Intervention drängte die Terrorgruppe Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM) zunächst zurück, führte jedoch nicht zu einer nachhaltigen politischen Stabilisierung. In der Folge engagierten sich regionale und internationale Akteure umfassend in Mali. Die ECOWAS entsandte frühzeitig Truppen, während die UN mit der MINUSMA eine multidimensionale Stabilisierungsmission etablierten. Parallel unterstützten europäische Staaten, darunter auch Deutschland, die malischen Streitkräfte im Rahmen der Ausbildungsmission EUTM. Trotz dieser militärischen und sicherheitspolitischen Präsenz gelang es jedoch nicht, die staatliche Kontrolle dauerhaft wiederherzustellen oder eine tragfähige politische Lösung zu erreichen. Mit den Militärputschen von 2020 und 2021 übernahm erneut das Militär die vollständige politische Kontrolle. Die Junta konzentriert seither zentrale Entscheidungsbefugnisse in ihren Händen, verschob angekündigte Wahlen mehrfach und verlängerte die Übergangsphase ohne einen verbindlichen Zeitplan für eine Rückkehr zu einer zivilen Regierung. Infolge dieser Entwicklung zogen sich westliche Partnerstaaten weitgehend zurück, und die UN beendeten 2023 die MINUSMA-Mission. Die Sicherheitslage bleibt angespannt. Die Regierung verlor in mehreren Regionen, insbesondere im Zentrum und Norden des Landes, weiterhin die Kontrolle über ländliche Gebiete. Bewaffnete

jihadistische Gruppen weiten ihre Angriffe auf staatliche Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung aus, während staatliche Gegenmaßnahmen bislang keine nachhaltige Stabilisierung erzielen. Außenpolitisch vollzog Mali 2024 einen Bruch mit bisherigen regionalen Strukturen. Gemeinsam mit Burkina Faso und Niger verließ das Land die ECOWAS und gründete mit ihnen die Alliance of Sahel States (AES).

Auch **Niger** befindet sich in einer äußerst prekären Sicherheitslage. Am 26. Juli 2023 putschte das Militär und entmachtete Präsident Mohamed Bazoum. In der Folge verhängte die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) Sanktionen und drohte mit einer militärischen Intervention, falls keine Wiedereinsetzung Bazoums erfolgte. Burkina Faso und Mali reagierten mit einem Verteidigungspakt zugunsten Nigers. Am 7. Juli 2024 gründeten die drei Staaten die „Allianz der Sahelstaaten“ (AES) und erklärten ihren Austritt aus der ECOWAS. Niger leidet – ebenso wie seine sahelischen Nachbarländer – massiv unter Terrorismus und organisierter Kriminalität. Im Jahr 2024 verzeichnete das Land weltweit die höchste Zahl an Todesopfern durch terroristische Anschläge (451). In drei Regionen operieren dschihadistische Gruppen: Boko Haram im Osten, islamistische Gruppierungen aus Nordwestnigeria im Süden sowie JNIM und ISWAP in der an Burkina Faso grenzenden Nordwestregion.

### Grenzkonflikte

Zwischen 1974 und 1975 kam es erstmals zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Burkina Faso und Mali, die auf langjährige Streitigkeiten um vier Dörfer im Wüstenstreifen Agacher zurückgingen. In diesem Gebiet wurden Bodenschätze wie Erdgas und Uran vermutet. Nach der Grenzziehung während der französischen Kolonialzeit wurde das Gebiet Burkina Faso zugesprochen, während Mali versuchte, die Grenze militärisch zu revidieren. Infolgedessen kam es zu bewaffneten Zusammenstößen. Eine eingesetzte Schlichtungskommission unter Beteiligung von Togo, Niger, Guinea und Senegal blieb zunächst erfolglos. 1985 eskalierten die Spannungen erneut, als eine Volkszählung in einem von Mali beanspruchten Gebiet zu weiteren Gefechten führte, bei denen auch zahlreiche Zivilist:innen ums Leben kamen. Erst am 30. Dezember 1985 wurde unter Vermittlung mehrerer westafrikanischer Staaten ein Waffenstillstand erreicht. Nach Anrufung des International Court of Justice erklärten sich beide Staaten Anfang 1986 zum Truppenrückzug bereit. Ende desselben Jahres akzeptierten sie das Urteil des Gerichtshofes, das Burkina Faso den südlichen Teil des umstrittenen Agacher-Streifens („Drei-Flüsse-Gebiet“) zusprach, während Mali das nördliche Gebiet um die vier Dörfer erhielt.

Am 20. Juli 2010 brachten Burkina Faso und Niger gemeinsam einen weiteren Grenzkonflikt vor den Internationalen Gerichtshof. Streitpunkt war die Grenzziehung zwischen dem Marker Tong-Tong und dem Botou-Bogen, die seit der Kolonialzeit umstritten war. Im Jahr 2013 legte der Gerichtshof die Grenze neu fest und sprach Burkina Faso ein Gebiet von 786 Quadratkilometern sowie Niger eines von 277 Quadratkilometern zu. Damit wurde der Konflikt beigelegt.

Auch zwischen Burkina Faso und Benin bestand eine Territorialstreitigkeit um das Gebiet um das Dorf Koualou nahe dem Dreiländereck mit Togo. Während Burkina Faso sich auf koloniale Abkommen berief, verwies Benin auf ein Dokument aus dem Jahr 1938, das das Gebiet ihm zuschrieb. Nach zunehmenden Spannungen in den frühen 2000er Jahren einigten sich beide Staaten 2009 darauf, das Gebiet als neutrale Zone zu definieren.

## Regionale Rüstungskontrolle

Burkina Faso ist der rechtlich bindenden ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons beigetreten. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft verabschiedete das Abkommen im Jahr 2006; es trat 2009 in Kraft. Ziel der Konvention ist es, die regionale Kooperation, den Informationsaustausch sowie die Transparenz im Umgang mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu stärken.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich darin, die Herstellung, Verbreitung und den Besitz von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) zu regulieren und gegebenenfalls zu verbieten. Darüber hinaus sieht das Abkommen strenge Kontrollen hinsichtlich Herstellung, Besitz, Transfer und Sicherung dieser Waffen vor.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In den zentralen Sahelstaaten wie Mali und Burkina Faso sind derzeit keine größeren Kontingente alliierter Streitkräfte mehr stationiert, nachdem sich internationale Missionen und westliche Truppen weitgehend aus der Region zurückgezogen haben.

Bis August 2022 unterhielt Frankreich im Rahmen der Operation Barkhane eine umfangreiche Militärpräsenz in Burkina Faso und angrenzenden Ländern. Die Mission zielte auf die Bekämpfung jihadistischer Gruppen in der Sahelregion ab. Ihr Hauptquartier befand sich seit Ende 2014 in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena. Mit dem Abzug französischer Truppen aus Mali und Burkina Faso sowie der Beendigung der Operation Barkhane im Jahr 2022 wurde auch die europäische Task Force Task Force Takuba eingestellt. Diese war zwar als regionale Mission im Sahel konzipiert, operierte jedoch de facto nahezu ausschließlich in Mali, sodass mit ihrem Ende die direkte militärische Präsenz westlicher Spezialkräfte in der Region deutlich zurückging. In Niger blieb zunächst eine französische Militärpräsenz bestehen, die jedoch infolge des Militärputsches 2023 ebenfalls beendet wurde.

Die meisten alliierten Streitkräfte in der Region befanden sich zuletzt in Mali. Im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA waren dort mehrere hundert Soldat:innen aus Deutschland, Belgien, Kanada, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Rumänien, den USA und dem Vereinigten Königreich stationiert. Darüber hinaus waren im Rahmen der EUTM Mali weitere mehrere hundert Soldat:innen aus Deutschland, Albanien, Belgien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Slowenien und Spanien im Einsatz.

Derzeit unterhält Italien im Rahmen seiner Bilateral Support Mission in the Republic of Niger (MISIN) rund 250 Soldat:innen in Niger. Durch Ausbildung und Training der nigrischen Sicherheitskräfte zielt die Mission auf die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ab. In Côte d'Ivoire hat Frankreich zurzeit 600 Soldat:innen sowie ein Infanteriebataillon und fünf Hubschrauber stationiert.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

***Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen***

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Burkina Faso ist den wesentlichen internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten, hat jedoch die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklearterrorismus, die am 21. September 2005 unterzeichnet wurde, bislang nicht ratifiziert. Gleichzeitig sieht sich das Land, wie die gesamte Sahelregion, in zunehmendem Maße mit grenzüberschreitendem militantem Extremismus konfrontiert. Seit 2015/2016 verüben die dschihadistischen Gruppierungen Ansarul Islam, JNIM und ISWAP wiederholt Anschläge auf Sicherheitskräfte, militärisches Personal sowie auf Zivilist:innen und lokale politische Akteur:innen.

Die Gewalt konzentrierte sich zunächst auf nördliche Regionen entlang der Grenze zu Mali, hat sich jedoch inzwischen auf weite Teile des Landes ausgeweitet. JNIM ist in nahezu allen Regionen aktiv und kontrolliert insbesondere im Norden und Osten Teile des Territoriums, während IS-Sahel seine Aktivitäten vor allem im Grenzgebiet zu Mali und Niger konzentriert. Beide Gruppen sind zudem in kriminelle Aktivitäten eingebunden, darunter Entführungen, Viehdiebstahl sowie der illegale Handel mit Waffen und Gold, und finanzieren sich unter anderem durch die Besteuerung illegaler Märkte und die Kontrolle von Transportrouten. Inzwischen sind dschihadistische Akteure auch in Grenzgebieten zu Benin und Côte d'Ivoire aktiv.

Die anhaltende Verschlechterung der Sicherheitslage zeigte sich auch im Jahr 2025 in einer Reihe besonders schwerer Anschläge. Nach dem *Global Terrorism Index 2026* fanden die drei tödlichsten terroristischen Angriffe weltweit im Jahr 2025 sämtlich in Burkina Faso statt. Dazu zählten ein Angriff auf eine Militärposition zwischen Djibo und Namsiguia am 9. Oktober 2025 mit über 120 getöteten Soldaten, koordinierte Angriffe in der Provinz Sourou

zwischen dem 1. und 3. April 2025 mit mindestens 100 Todesopfern sowie koordinierte Angriffe auf mehrere Ziele in Djibo (Region Sahel) am 11. Mai 2025 mit ebenfalls mindestens 100 Toten. Burkina Faso gehörte damit 2025 zu den am stärksten von Terrorismus betroffenen Ländern weltweit und belegte im Global Terrorism Index 2026 Rang 2; insgesamt wurden 846 Todesopfer bei 59 Anschlägen verzeichnet, wobei über 80 % der Angriffe JNIM zugeschrieben werden.

Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten werden durch interne Faktoren erheblich eingeschränkt. Der Aufstand von 2014, der zum Ende der Herrschaft Blaise Compaorés führte, schwächte den Sicherheitsapparat nachhaltig. Die Entstehung und Verbreitung von Selbstverteidigungsmilizen, insbesondere der Koglwéogo, trug darüber hinaus zur weiteren Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bei. Dschihadistische Gruppen profitieren zudem von interethnischen Spannungen.

Die sicherheitspolitische Ausrichtung Burkina Fasos hat sich in den letzten Jahren verändert. Nach dem Abzug französischer Truppen im Rahmen der Operation Sabre wurden Kooperationen mit westlichen Staaten weitgehend reduziert, während neue Partnerschaften, insbesondere mit Russland, an Bedeutung gewonnen haben, unter anderem durch die Präsenz des sogenannten Afrikakorps (ehemals Wagner-Gruppe). Gleichzeitig intensiviert Burkina Faso gemeinsam mit Mali und Niger im Rahmen der Alliance of Sahel States (AES) die regionale Zusammenarbeit im Kampf gegen dschihadistische Gruppen, unter anderem durch den Aufbau einer gemeinsamen militärischen Einsatztruppe.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### ***Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung***

<b>Abkommen</b>	<b>Status</b>	<b>Quelle</b>
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Burkina Faso ist den wichtigsten internationalen Konventionen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität beigetreten, fungiert jedoch weiterhin als Ursprungs-, Transit- und Zielland für verschiedene Formen transnationaler Kriminalität. Insbesondere Menschenhandel, Schleusung von Migrant:innen sowie Drogen- und Waffenhandel stellen zentrale Herausforderungen dar. Transnationale kriminelle Netzwerke profitieren dabei von porösen Landesgrenzen, einer in vielen Regionen eingeschränkten staatlichen Präsenz sowie von der anhaltenden Sicherheitskrise.

Die Problematik des Menschenhandels ist strukturell tief verankert und wird durch die derzeitige Konfliktlage weiter verschärft. Burkina Faso verzeichnet rund zwei Millionen

Binnenvertriebene, die in besonderem Maße von Ausbeutung betroffen sind. Vor allem Kinder werden durch Täuschung oder Zwang in Formen wie Zwangsarbeit, organisierte Bettelei oder häusliche Ausbeutung gedrängt. Frauen sind insbesondere im Umfeld informeller Goldabbaustätten verstärkt von sexueller Ausbeutung betroffen. Neben kriminellen Netzwerken sind auch dschihadistische Gruppen sowie in Einzelfällen Akteure im Umfeld religiöser Bildungsstrukturen, insbesondere Koranschulen, in entsprechende Ausbeutungspraktiken involviert. Der Menschenhandel weist zudem eine ausgeprägte transnationale Dimension auf, wobei Opfer in Nachbarstaaten verbracht oder aus diesen nach Burkina Faso gebracht werden.

Parallel dazu stellt die Schleusung von Migrant:innen einen bedeutenden kriminellen Markt dar. Burkina Faso fungiert dabei primär als Ausgangspunkt für Migrationsbewegungen in Richtung Nordafrika und Europa, teilweise auch als Transitland. Die Aktivitäten werden überwiegend von lose organisierten Netzwerken getragen, die häufig über enge Verbindungen zu lokalen Gemeinschaften und staatlichen Akteuren verfügen. Korruption sowie die Beteiligung einzelner Behörden erleichtern die Durchführung entsprechender Aktivitäten.

Im Kontext des anhaltenden Konflikts zeigt sich zunehmend eine Verschränkung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Dschihadistische Gruppierungen wie JNIM und der IS Sahel sind nicht nur militärisch aktiv, sondern in vielfältige illegale Wirtschaftsstrukturen eingebunden. Entlang wichtiger Verkehrsachsen führen diese Gruppen regelmäßig Kontrollen durch und erzwingen Abgaben in Form von Geld oder Gütern. Zudem kommt es zu Entführungen gegen Lösegeld, insbesondere von Händler:innen oder im Umfeld von Goldabbaustätten.

Ein zentraler Bestandteil dieser Konfliktökonomie ist der illegale Goldhandel. Einnahmen aus dem artisanal betriebenen Goldabbau tragen wesentlich zur Finanzierung bewaffneter Gruppen bei und stärken deren territoriale Kontrolle. Der Handel ist eng mit anderen Formen organisierter Kriminalität verknüpft, insbesondere mit Menschenhandel und Zwangsarbeit. Burkina Faso fungiert dabei als wichtiger Knotenpunkt, von dem aus Gold über Nachbarstaaten oder direkt auf internationale Märkte exportiert wird.

Auch der Drogenhandel ist Teil transnationaler Netzwerke, wobei Burkina Faso vor allem als Transitland fungiert. Die Sahara stellt eine zentrale Route für den Schmuggel von Kokain und Cannabis dar, während synthetische Drogen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

**Tabelle 15**

***Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen***

<b>Abkommen</b>	<b>Status</b>	<b>Quelle</b>
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## UN-Berichterstattung

Burkina Faso meldete dem Waffenregister der Vereinten Nationen (UNROCA) zuletzt im Jahr 2006 regelmäßig Daten. Erst 2021 übermittelte das Land erneut einmalig eigene Angaben; seither liegen keine weiteren Meldungen vor.

Angaben zu Militärausgaben berichtete Burkina Faso zuletzt 2014 an die Vereinten Nationen.

Dem Arms Trade Treaty (ATT), dem das Land im Juni 2013 beitrug, kommt Burkina Faso hingegen aktueller nach und reichte zuletzt 2024 einen Bericht zu Waffentransfers ein.

Auch im Programme of Action on Small Arms and Light Weapons (UN PoA) beteiligt sich das Land regelmäßig an der Berichterstattung und übermittelte ebenfalls 2024 einen Bericht.

## Unerlaubte Wiederausfuhr

Burkina Faso war in der Vergangenheit wiederholt an Verstößen gegen UN-Waffenembargos und Endverbleibserklärungen beteiligt. Laut einem gemeinsamen Bericht des United Nations Regional Centre for Peace and Disarmament in Africa (UNREC), der Group for Research and Information on Peace and Security (GRIP) und des Small Arms Survey (SAS) aus dem Jahr 2016 verstieß Burkina Faso gegen das zwischen 2004 und 2016 geltende UN-Waffenembargo gegenüber Côte d'Ivoire. Amnesty International zufolge lieferten die burkinischen Behörden während der Gültigkeit des Embargos Munition des Typs 7,62 × 39 mm an ivorische Sicherheitskräfte, die Rumänien zwischen 2005 und 2008 nach Burkina Faso exportiert hatte. Bereits zuvor hatte Burkina Faso laut UNREC, GRIP und SAS gegen die UN-Embargos gegenüber der National Union for the Total Independence of Angola (UNITA) in Angola (1993–2002), Liberia sowie der Revolutionary United Front (RUF) in Sierra Leone verstoßen. Human Rights Watch dokumentierte beispielsweise eine Lieferung von rund 68 Tonnen ukrainischer Rüstungsgüter im März 1999 nach Liberia, die anschließend an die RUF weitergeleitet wurden. Laut Endverbleibserklärung umfasste diese Lieferung unter anderem 3.000 Sturmgewehre, 50 Maschinengewehre, 25 Panzerabwehrwaffen, fünf Boden-Luft-Raketen, fünf Panzerabwehrlenkwaffen sowie Munition. Ein Bericht einer UN-Expert:innengruppe aus dem Jahr 2000 bezeichnete Burkina Faso zudem als einen zentralen Akteur bei der Versorgung der UNITA während des Embargos.

Auch gegenwärtig bleibt das Risiko unerlaubter Weiterverbreitung hoch. Burkina Faso ist sowohl Transit- als auch Zielland illegaler Waffen- und Munitionsströme in der Sahelregion. Schmuggelrouten verlaufen insbesondere über die Grenzregionen zu Mali, Côte d'Ivoire, Ghana und Benin; zusätzlich gelangen Waffen aus Libyen über Niger in die Region. Berichten der Global Initiative Against Transnational Organized Crime zufolge sind zudem sowohl JNIM als auch IS-Sahel in regionale Waffenhandelsnetzwerke eingebunden. Durch Plünderungen, bewaffnete Überfälle sowie Korruption innerhalb staatlicher Sicherheitsstrukturen verschwinden regelmäßig Waffen und Munition aus staatlichen Beständen und gelangen an bewaffnete Gruppen. Bereits während der Militär- und Polizeimeuterei 2011 wurden größere Mengen aus nationalen Arsenalen entwendet und weiterverbreitet. Laut Angaben Burkina Fasos gegenüber UNODC konfiszierte die nationale Polizei 174 illegale Schusswaffen im Jahr 2011, 852 im Jahr 2012 und 1.231 im Jahr 2013. Zudem dokumentierte Conflict Armament Research (CAR) zwischen 2014 und 2017 insgesamt 158 illegale Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) in Burkina Faso. Berichten zufolge gelangten Waffen aus Burkina Faso zudem in Konfliktgebiete im Norden Ghanas, insbesondere in die Region Bawku.

Zur unerlaubten Weiterverbreitung von Waffen und Munition tragen zudem ineffektive Strukturen der Endverbleibskontrolle in der Region bei. Burkina Faso gehörte bis zu seinem Austritt aus der ECOWAS im Jahr 2025 zu den Mitgliedsstaaten, die ein eigenes Endverbleibskontrollsystem eingeführt hatten. Problematisch bleibt jedoch dessen starke Dezentralisierung. Nationale Akteure im Sicherheits- und Verteidigungsbereich führen die Endverbleibsdokumentation teilweise unterschiedlich durch, ohne dass eine zentrale Stelle die konkrete Umsetzung der ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related Materials koordiniert. Dadurch bleiben Kontrolle, Nachverfolgung und Informationsaustausch innerhalb der Region eingeschränkt.

Burkina Faso beteiligt sich weiterhin an internationalen und regionalen Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, unter anderem gemeinsam mit Interpol und UNODC im Rahmen der Operation „Trigger III“. Zudem unterstützte das Small Arms Survey 2024 die Nationale Kommission für Waffenkontrolle bei der Fertigstellung eines Nationalen Aktionsplans zur Kontrolle von Kleinwaffen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bleibt jedoch durch begrenzte staatliche Kapazitäten, Korruption sowie die fragile Sicherheitslage eingeschränkt. Zusätzlich erschweren die politischen Spannungen zwischen ECOWAS und den Militärjuntas der Alliance of Sahel States (AES), zu der auch Burkina Faso gehört, die regionale Zusammenarbeit im Bereich der Waffen- und Endverbleibskontrolle.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 9

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung**

*Burkina Faso has undertaken significant economic reforms, including efforts to nationalize key industries. One of the most notable actions was the state takeover of the gold mining sector, aimed at ensuring greater national control over revenues. Additionally, the government announced the clearance of Burkina Faso's \$4.7 billion external debt.*

*Infrastructure development has continued despite financial constraints. The expansion of solar power plants and a hydroelectric dam project is expected to improve electricity access, though rural areas still lag behind. By 2025, a nuclear power cooperation project with Russia will also be in its early planning stages.*

*The country's economic relationships have shifted dramatically. Following strained relations with Western partners, Burkina Faso has strengthened ties with Russia, China and other non-Western powers. Development aid from France, Luxembourg and Sweden has been significantly reduced, while regional cooperation with Mali and Niger has deepened through the establishment of the Alliance of Sahel States (Alliance des États du Sahel, AES).*

**Quelle:** [BTI 2026 Burkina Faso Länderbericht: BTI 2026](#)

Tabelle 16

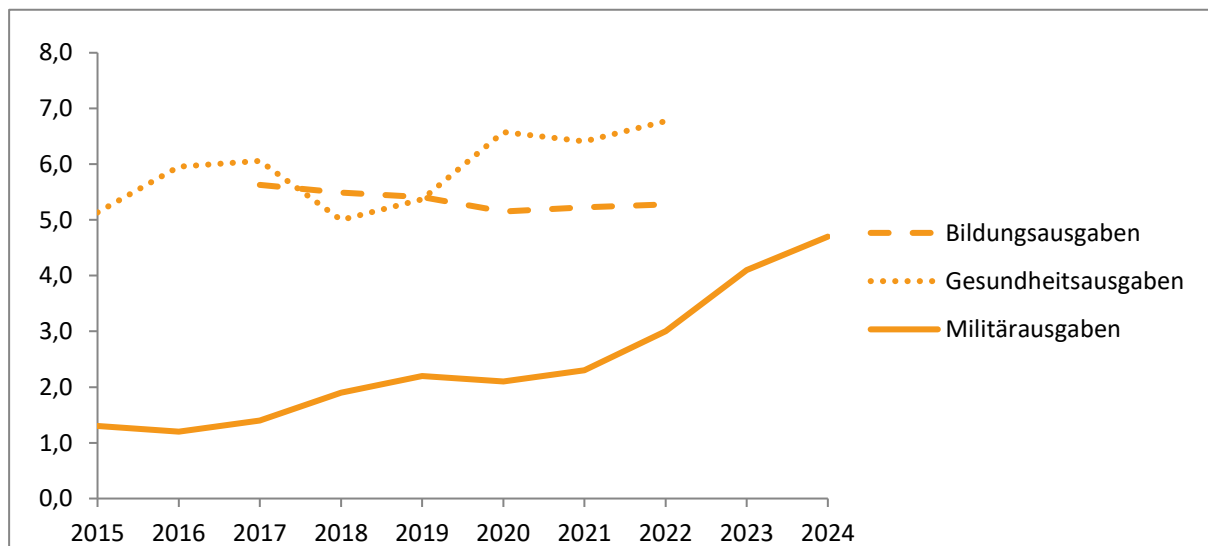
**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	433	483	583	827	1002
Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Gesundheitsausgaben/BIP	6,6	6,4	6,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,2	5,2	5,3	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	9159	9761	10296	9851	10397
Anteil am BIP (in %)	57,1	55,1	52,3	52,3	51,2

	2019	2020	2021	2022	2023
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	3,54	4,2	4,23	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	80,67	93,51	65,47	66,27	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	79,7	85,3	93,6	107,1	132,0
Index-Platzierung	103	91	80	63	41

**Tabelle 19**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Benin	Militarisierungswert	54,7	48,4	56,2	59,9	59,7
	Index-Platzierung	137	140	130	127	128
Côte d'Ivoire	Militarisierungswert	58,4	54,5	58,7	58,3	57,3
	Index-Platzierung	131	132	123	131	131
Ghana	Militarisierungswert	37,0	41,9	39,3	40,7	40,0
	Index-Platzierung	143	142	144	143	142
Mali	Militarisierungswert	123,0	132,0	121,4	129,8	134,8
	Index-Platzierung	52	42	48	37	36
Niger	Militarisierungswert	78,9	74,2	101,5	114,0	118,8
	Index-Platzierung	104	108	68	57	53
Togo	Militarisierungswert	94,3	109,6	137,8	123,9	108,1
	Index-Platzierung	80	57	30	46	61

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates

im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.  
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

**Tabelle 20**  
**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %**

		2021	2022	2023	2024	2025
Benin	Militärausgaben (absolut)	94	118	151	167	204
	Militärausgaben/BIP	0,6	0,6	0,8	0,8	0,9
Côte d'Ivoire	Militärausgaben (absolut)	663	674	706	658	721
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8
Ghana	Militärausgaben (absolut)	277	247	288	274	385
	Militärausgaben/BIP	0,4	0,3	0,4	0,3	0,5
Mali	Militärausgaben (absolut)	690	631	811	933	883
	Militärausgaben/BIP	3,4	3,1	3,8	4,2	3,9
Niger	Militärausgaben (absolut)	218	282	362	436	450
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,6	2,0	2,2	2,1
Togo	Militärausgaben (absolut)	213	375	285	213	192
	Militärausgaben/BIP	2,4	4,1	3,0	2,2	1,9

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024).  
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Tabelle 21**  
**Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,453	0,453	0,454	0,457	0,459
HDI-Wert (Männer)	0,475	0,476	0,477	0,479	0,486
HDI-Wert (Frauen)	0,430	0,431	0,431	0,435	0,428
GDI-Wert	0,905	0,904	0,904	0,908	0,881

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)  
 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

## Frauen in Wirtschaft und Politik

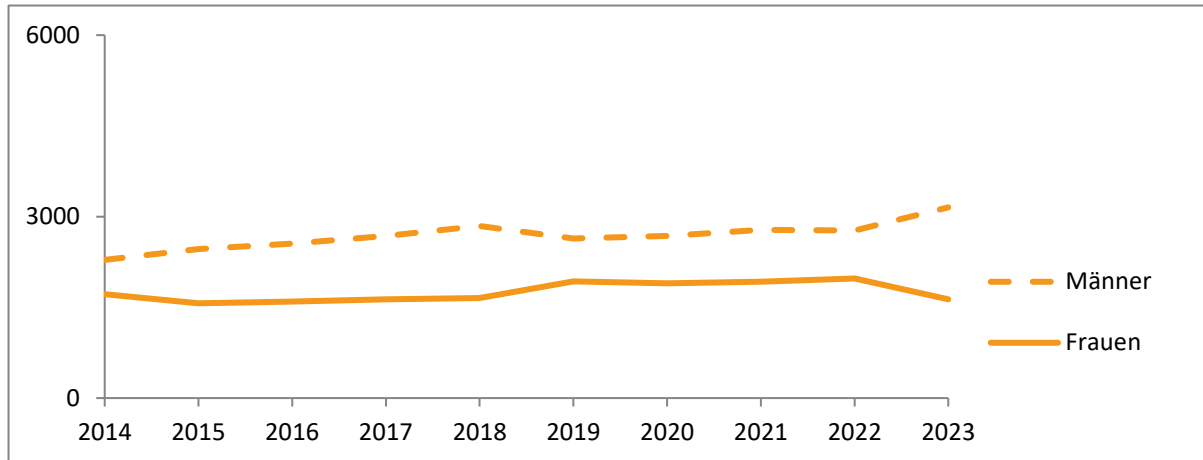
Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,881 liegt Burkina Faso zwar leicht über den Nachbarstaaten Mali (0,812), Niger (0,855), Benin (0,866) und Togo (0,865), jedoch weiterhin deutlich unter Ghana (0,933) und Côte d'Ivoire (0,910). Entsprechend zeigen sich weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Frauen weisen zwar mit 63,2 Jahren eine höhere Lebenserwartung auf als Männer (58,9 Jahre), jedoch bestehen weiterhin erhebliche Nachteile im Bildungs- und Einkommensbereich. Frauen erreichen lediglich 1,6 durchschnittlich absolvierte Schuljahre, Männer hingegen 3,1 Jahre – also fast doppelt so viel. Auch bei der Alphabetisierung bestehen weiterhin deutliche Unterschiede. 2023 konnten lediglich rund 36 % der Frauen ab 15 Jahren lesen und schreiben, während die Alphabetisierungsrate bei Männern bei etwa 49 % lag. Besonders ausgeprägt bleibt die geschlechtsspezifische Einkommensungleichheit. Das geschätzte Bruttonationaleinkommen pro Kopf beträgt bei Frauen 1.634 US-Dollar, während Männer durchschnittlich 3.153 US-Dollar erzielen. Frauen erreichen damit nur rund 52 % des männlichen Einkommens. Wie [Schaubild 7](#) verdeutlicht, wächst die Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern in Burkina Faso zudem.

Strukturelle und gesellschaftliche Faktoren beeinträchtigen zudem weiterhin die Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen. Nach Angaben von UN Women beeinflusst insbesondere die Angst vor physischer und sexueller Gewalt im schulischen Umfeld die Entscheidung vieler Mädchen, ihre Ausbildung fortzusetzen. Die Übergriffe gehen dabei sowohl von Mitschüler:innen als auch von Lehrkräften aus und tragen dazu bei, dass Schulen teilweise mit dem Risiko ungewollter Schwangerschaften assoziiert werden.

Die wirtschaftliche Beteiligung von Frauen ist in Burkina Faso trotz erheblicher struktureller Ungleichheiten vergleichsweise hoch. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen lag 2025 bei rund 64 %, nachdem sie 2019 noch etwa 72 % betragen hatte. Damit liegt Burkina Faso weiterhin deutlich über dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung von rund 49 %. Auffällig ist zudem die weiterhin hohe Beteiligung weiblicher Kinder und Jugendlicher am Arbeitsmarkt: Rund 44,8 % der Mädchen und jungen Frauen im Alter von 7 bis 24 Jahren waren zuletzt erwerbstätig. Frauen bleiben jedoch insbesondere in wirtschaftlichen Führungspositionen unterrepräsentiert. 2024 verfügten lediglich rund 13,5 % der Unternehmen über eine Topmanagerin. Auch in politischen Entscheidungspositionen bleiben Frauen deutlich unterrepräsentiert. Im Parlament stellten Frauen zuletzt 18,3 % der Abgeordneten beziehungsweise 13 von 71 Sitzen, womit Burkina Faso international Rang 132 von 183 belegte. Noch geringer fällt die Beteiligung auf Regierungsebene aus: Lediglich zwei von 21 Ministerposten beziehungsweise 9,5 % der Kabinettsmitglieder waren weiblich.

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law bewertet neben gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie unterstützende Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen. Burkina Faso erreicht im Bereich der gesetzlichen Bedingungen einen Wert von 67,4 von 100 Punkten und liegt damit fast im globalen Durchschnitt (67). Die unterstützenden Rahmenbedingungen erreichen hingegen lediglich 44,2 Punkte und liegen damit leicht unter dem weltweiten Durchschnitt (47), was auf ein niedriges Niveau institutioneller Unterstützungsstrukturen hinweist. Auch der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung bestehender Maßnahmen fällt mit 46,9 niedrig und unterdurchschnittlich (global: 53) aus. Insgesamt zeigt sich, dass in Burkina Faso zwar teilweise rechtliche Grundlagen zur Förderung der Gleichstellung bestehen, die praktische Umsetzung sowie unterstützende staatliche Strukturen jedoch weiterhin deutliche Defizite aufweisen.

## Schaubild 7

**Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)**

Quellen: Gender Development Index; [Specific country data | Human Development Reports](#)

**Zusammenfassung Kriterium 8:**

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 850 US-Dollar zählt Burkina Faso weiterhin zu den einkommensschwächsten Staaten weltweit und gehört sowohl zur Gruppe der „low income economies“ als auch der Least Developed Countries (LDCs). Die Wirtschaft bleibt stark von Landwirtschaft, Bergbau und wenigen Exportgütern abhängig und weist nur eine geringe Diversifizierung auf. Trotz zwischenzeitlicher Wachstumsraten bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Schwächen, insbesondere infolge von Unsicherheit, Klimafolgen, hoher Verschuldung und der starken Abhängigkeit von Rohstoffexporten.

Im Bereich der sozialen Entwicklung zählt Burkina Faso weiterhin zu den Staaten mit „niedriger menschlicher Entwicklung“ (HDI-Wert von 0,459; 2023). Große Teile der Bevölkerung sind von Armut, mangelnder Infrastruktur sowie eingeschränktem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Elektrizität und Sanitärversorgung betroffen. Zudem hat die anhaltende Sicherheitskrise die humanitäre Lage erheblich verschärft und zu massiver Binnenvertreibung sowie weiteren Einschränkungen im Bildungs- und Gesundheitssektor geführt. Die Militärausgaben steigen angesichts der Sicherheitslage seit Jahren an – Burkina Faso gilt mittlerweile als stark militarisiert.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf von 850 US-Dollar zählt Burkina Faso der Weltbank zufolge zu den Ländern mit niedrigem Einkommen („low income economies“). Zudem gehört Burkina Faso weiterhin zur Gruppe der Heavily Indebted Poor Countries (HIPC); die Auslandsverschuldung belief sich 2023 auf 51,2 % des BIP. Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bestanden Anfang 2026 ausstehende Kreditverbindlichkeiten in Höhe von rund 342 Mio. Sonderziehungsrechten (SDR). Seit 1971 wird Burkina Faso von der UN zudem als Least Developed Country (LDC) eingestuft. Die Zuflüsse aus Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) entsprachen 2023 rund 7,6 % des BNE.

Burkina Fasos Wirtschaft konnte im letzten Jahrzehnt grundsätzlich ein solides Wachstum des BIP verzeichnen, auch wenn die Wachstumsraten weiterhin deutlich schwanken.

Während das Wirtschaftswachstum 2022 lediglich rund 1,6 % betrug, lag es 2024 bereits bei etwa 4,8 %; Auch die Inflationsentwicklung zeigte in den vergangenen Jahren deutliche Schwankungen. Während die Inflationsrate 2021 noch bei rund 14,3 % lag, ging sie bis 2024 auf etwa 4,2 % zurück. Landwirtschaft und Bergbau zählen weiterhin zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP belief sich 2024 auf 20,9 %, nachdem er 2021 noch bei 17,3 % gelegen hatte. Gleichzeitig weist die Exportstruktur Burkina Fasos eine starke Konzentration auf: Die drei wichtigsten Exportgüter – Rohgold, Baumwolle sowie Cashewnüsse und Kokosnüsse – machten 2024 zusammen rund 90,2 % der gesamten Exporterlöse des Landes aus. Dies verdeutlicht die hohe Abhängigkeit Burkina Fasos von wenigen Exportsektoren.

Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist in Burkina Faso in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, bleibt jedoch weiterhin hoch. Während 1994 noch rund 82 % der Erwerbstätigen im Agrarsektor arbeiteten, lag der Anteil 2025 bei etwa 52 %. Gleichzeitig stieg der Anteil der Beschäftigten in der Industrie von 6 % (1994) auf rund 17 % (2025), während der Dienstleistungssektor im selben Zeitraum von 12 % auf etwa 32 % anwuchs. Trotz dieser strukturellen Verschiebungen bleibt ein großer Teil der Bevölkerung weiterhin direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Besonders die ländliche Bevölkerung ist stark von den Folgen des Klimawandels betroffen.

### Soziale Entwicklung

Burkina Faso zählt weiterhin zu den ärmsten Ländern weltweit und erreichte im Human Development Index (HDI) 2023 einen Wert von 0,459, womit das Land Rang 185 von 193 Staaten belegte. Damit gehört Burkina Faso weiterhin zur Kategorie der Länder mit „niedriger menschlicher Entwicklung“. Im regionalen Vergleich liegt das Land hinter den Nachbarstaaten Benin (0,515), Togo (0,571), Côte d'Ivoire (0,582) und Ghana (0,628), jedoch vor Mali (0,419) und Niger (0,419). Während Burkina Faso, Mali, Niger und Benin weiterhin der Kategorie „niedrige menschliche Entwicklung“ zugeordnet werden, erreichen Togo, Côte d'Ivoire und Ghana inzwischen Werte im Bereich der „mittleren menschlichen Entwicklung“.

Die Arbeitslosigkeit in Burkina Faso lag 2025 bei etwa 3,5 %; die Jugendarbeitslosigkeit bei rund 6,8 % (2024). Trotz einer positiven Entwicklung in den letzten Jahren bleibt die soziale Lage vieler Menschen weiterhin prekär. Nach Angaben der Weltbank lebten 2021 rund 42,1 % der Bevölkerung mit weniger als 3 US-Dollar pro Tag in Armut. Gleichzeitig weist Burkina Faso mit einem Gini-Koeffizienten von 37,4 (2026) weiterhin eine vergleichsweise erhöhte Einkommensungleichheit auf. Zugang zu Elektrizität hatten 2023 lediglich rund 21,7 % der Bevölkerung, während 2024 nur etwa 25 % Zugang zu sicher verwalteten Sanitäranlagen verfügten.

Burkina Faso weist im internationalen Vergleich weiterhin eine sehr niedrige Alphabetisierungsrate auf. 2023 konnten lediglich rund 42 % der Bevölkerung ab 15 Jahren lesen und schreiben, während die weltweite Alphabetisierungsrate 2024 bei rund 93 % lag. Der Bildungssektor wird zusätzlich durch die sich verschlechternde Sicherheitslage beeinträchtigt. Seit 2015 wurden mehr als 2.500 Schulen geschlossen, wodurch mindestens 350.000 Schüler:innen zeitweise keinen Zugang zu Bildung hatten. Gleichzeitig sieht sich Burkina Faso weiterhin mit erheblichen Defiziten hinsichtlich der Bildungsqualität konfrontiert. Laut UNESCO IICBA und Weltbank lag die sogenannte „learning poverty“ – also der Anteil der Kinder, die im Alter von zehn Jahren keinen altersgerechten Text lesen und verstehen können – zuletzt bei rund 74 %. Die Bildungsausgaben Burkina Fasos betrugen im letzten Jahrzehnt durchschnittlich 4,9 %/BIP; 2022 lagen sie bei 5,3 %/BIP

Auch das Gesundheitssystem weist weiterhin erhebliche Defizite auf. Übertragbare Krankheiten stellen nach wie vor eine der wichtigsten Todesursachen dar; insbesondere Malaria zählt weiterhin zu den häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren. Die angespannte Sicherheitslage beeinträchtigt auch die Gesundheitsversorgung erheblich. So mussten zahlreiche Gesundheitszentren schließen oder ihren Betrieb stark einschränken. Nach Angaben von OCHA hatten bereits im August 2020 rund 1,2 Mio. Menschen in Burkina Faso keinen angemessenen Zugang zu Gesundheitsversorgung. Burkina Fasos Gesundheitsausgaben am BIP beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 5,6 %; 2021 betragen sie 6,4 %/BIP.

Zu den größten Herausforderungen zählt weiterhin die humanitäre Krise im Land. Seit 2019 hat sich diese infolge der stark zunehmenden Angriffe bewaffneter Gruppen erheblich verschärft. Laut UNHCR stieg die Zahl der Binnenvertriebenen von rund 82.000 Personen im Januar 2019 auf etwa 560.000 im Dezember desselben Jahres an. Im August 2021 lag die Zahl bereits bei über 1,4 Mio.; Ende März 2023 waren schließlich mehr als 2 Mio. Menschen innerhalb Burkina Fasos vertrieben. Viele Betroffene mussten mehrfach innerhalb des Landes fliehen. Rund 60 % der Binnenvertriebenen sind unter 18 Jahre alt.

Dem Sustainable Development Report zufolge zählt Burkina Faso weiterhin zu den Staaten mit erheblichen Defiziten bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Im aktuellen SDG-Index belegt das Land Rang 150 von 167 Staaten und erreicht einen SDG-Indexwert von 53,8 %. Bei gleichbleibender Entwicklung erscheint eine vollständige Zielerreichung bis 2030 unrealistisch. Lediglich SDG 12 („Responsible Consumption and Production“) sowie SDG 13 („Climate Action“) gelten aktuell als erreicht. Bei den meisten übrigen Zielen bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen. Besonders gravierend ist die Situation bei SDG 1 („No Poverty“) und SDG 2 („Zero Hunger“), wo weiterhin große strukturelle Defizite bestehen. Bei einzelnen Zielen wie SDG 8 („Decent Work and Economic Growth“), SDG 10 („Reduced Inequalities“), SDG 15 („Life on Land“) und SDG 17 („Partnerships for the Goals“) zeigen sich zwar leichte Fortschritte, gleichzeitig bleiben jedoch weiterhin erhebliche strukturelle Herausforderungen bestehen.

Parallel dazu zeichnet sich in Burkina Faso ein Trend zu steigenden Militärausgaben ab. Beliefen sich diese 2013 noch auf 1,2 % am BIP, lagen sie 2024 bei 4,4 %. Dem Globalen Militarisisierungsindex (GMI) des bicc nach erhöhte sich der Militarisisierungsgrad Burkina Fasos in den letzten fünf Jahren entsprechend deutlich: Lag das Land 2020 noch auf Platz 103 der GMI-Rangliste, so belegt es 2025 bereits den 41. Rang. Dementsprechend gilt Burkina Faso mittlerweile in stark militarisiert.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

